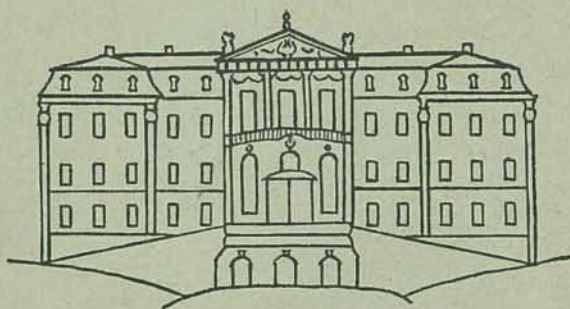


Wolfgang Heyl

Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge

Referat auf dem 11. Parteitag der CDU
(30. September - 3. Oktober 1964 in Erfurt)



G. Schade,

Hefte aus Burgscheidungen

gsw

Wolfgang Heyl

Wissenschaftliche Leitungstätigkeit
- Voraussetzung neuer Erfolge

Referat auf dem 11. Parteitag der CDU
(30. September - 3. Oktober 1964 in Erfurt)

1964

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen haben sich in den letzten Jahren in unserer Republik vollzogen. Freudig und stolz blicken die Bürger unseres Staates auf 15 Jahre Deutsche Demokratische Republik. Überall sind die reichen Früchte ihrer Arbeit zu sehen. In Stadt und Land gibt es tausendfältige Beweise dafür, was ein Volk erreichen kann, wenn es, von kapitalistischer Ausbeutung und Knechtung befreit, sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt und selbst gestaltet. Ein neues Zeitalter in der Geschichte unseres Volkes hat seinen Anfang genommen, und voller Dankbarkeit können wir auf unserem Parteitag bekunden, daß die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union nicht nur Zeugen, sondern bewußte und aktive Mitgestalter unseres neuen sozialistischen Zeitalters sind.

Wir haben mitgeholfen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen, wir arbeiten an deren Vervollkommnung und haben beigetragen, feste Fundamente für die weitere Entwicklung einer hochproduktiven, modernen sozialistischen Wirtschaft zu schaffen. Das schöpferische Wirken unserer Freunde auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, die immer enger gewordene Zusammenarbeit von Christen und Marxisten trugen mit dazu bei, daß sich die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung unseres Staates festigte und die Nationale Front zur sozialistischen Volksbewegung wurde.

Den großen Wandlungsprozeß, der sich in dieser Arbeit bei Millionen unserer Bürger vollzog, haben wir gefördert und dabei vielen Unternehmern, Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz geholfen, in der sozialistischen Zukunft unseres Volkes auch ihre persönliche Perspektive zu erkennen. Wir alle haben uns verändert und sind an den neuen Aufgaben gewachsen.

Wenn heute die Werktätigen sagen, ich gehe in „meinen“ Betrieb, wenn die Genossenschaftsbauern von „meiner“ oder „unserer“ LPG und wir alle von unserer Republik sprechen, dann drückt sich darin der große Wandel im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen aus. Wir wissen sehr wohl, hier handelt es sich nicht nur um die Verbundenheit zum Betrieb oder zur Genossenschaft, sondern hierin zeigt sich die tiefe Liebe zu unserer Deutschen Demokratischen Republik.

In den Jahreshauptversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen sind immer wieder Unionsfreunde aufgetreten

und haben bekundet, daß die CDU sie auf den richtigen Weg geführt und ihnen in der Gesellschaft Raum und Wirkungsmöglichkeiten für echten christlichen Dienst am Nächsten und für den Frieden geschaffen hat. Auch unsere Bezirksdelegiertenkonferenzen sind ein augenfälliger Beweis dafür, wie stark Staats- und Parteibewußtsein unserer Mitglieder gewachsen sind.

Auf dem Bundesparteitag der westdeutschen CDU dagegen mußte der Geschäftsführende Vorsitzende, Herr Dufhues, eingestehen, daß bei ihnen ein Parteibewußtsein kaum oder nur in Ansätzen vorhanden sei. Doch seine Klagen helfen darüber nicht hinweg, denn die Ursachen hierfür liegen in der verhängnisvollen Politik dieser Partei.

Kann eine Partei, die eine den Frieden aufs äußerste gefährdende Atomrüstung betreibt und die Entscheidungsgewalt über diese Vernichtungswaffen in die Hände schuldbeladener Hitlergenerale legen will, erwarten, daß ihre friedliebenden Mitglieder diese Politik gutheißen oder gar stolz auf diese Partei sind?

Kann eine Partei von christlichen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden oder selbst von Unternehmern erwarten, daß sie ein Parteibewußtsein haben, wenn sich täglich immer deutlicher erweist, daß die CDU/CSU ein Instrument der Monopole, der imperialistischen Kräfte geworden ist?

Kann eine Partei von ihren Mitgliedern überhaupt ein Parteibewußtsein erwarten, wenn sich die Parteiführung ganz offen von den Gründungsdokumenten lossagt und der christliche Glaube schändlich mißbraucht wird, um die antikommunistische Politik zu rechtfertigen?

Nein, das ist nicht möglich!

Eher kann man erwarten, daß sich ein Bestohler noch bei seinem Dieb bedankt, als daß sich bei den Mitgliedern der CDU/CSU ein echtes Parteibewußtsein entwickelt. Der Gegensatz zwischen der Führung der beiden Parteien und den Verführten wird immer größer. Die friedfertigen, verständigungsbereiten Mitglieder der CDU/CSU ergreift das Unbehagen. Sie suchen nach einem Ausweg. Sie fordern die Besinnung auf die verpflichtenden Leitsätze der Gründungsdokumente.

Immer mehr werden es, die im Beispiel, das unsere Partei auch ihnen gibt, einen Anruf zum Handeln für sich sehen. Auch darin, daß unsere Arbeit viele westdeutsche Christen ermutigt, der unheilvollen Politik der CDU/CSU zu wehren, sehen wir einen beachtenswerten Erfolg unseres gesellschaftlichen Wirkens. Das Erfordernis des Tages aber für die Mitglieder der CDU/CSU heißt: sich all denen anzuschließen, die mit Aktionen gegen die verhängnisvolle Entwicklung einer multilateralen Atomstreitmacht kämpfen.

Wir christlichen Demokraten können heute erneut bekräftigen, daß wir die im Gründungsauftrag enthaltene Lehre aus dem 2. Weltkrieg beherzigt haben, „alles bis zum letzten auszutun, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses na-

menlose Elend verschuldet hat und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“.

Ja, wir sind den Grundsätzen, mit denen die Christlich-Demokratische Union 1945 in das politische Leben eintrat, stets treu geblieben. Wir können mit Freuden feststellen, daß gerade auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen die Einheit und Geschlossenheit zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft in anschaulicher Weise dokumentiert wurde. Das politische Wollen und Handeln von Parteiführung und Mitgliedern wird auch für die Zukunft eine feste, unzerstörbare Einheit bilden.

Diese politisch-organisatorische Einheit ist im gemeinsamen Kampf für das Blühen und Gedeihen unserer Deutschen Demokratischen Republik gewachsen. Mit ihr haben wir das Leitbild unseres Gründungsauftrages verwirklicht und einen „wahrhaft demokratischen Staat“ geschaffen, „der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde“.

Mit der Verwirklichung der Prinzipien unseres Gründungsauftrages im Dienst für unsere Nation und unsere Republik, mit dem großen Wandel, der sich in unserer Republik vollzogen hat, haben sich auch Charakter und Rolle unserer Partei gewandelt. Allerdings völlig im Gegensatz zum „Wandel“ der CDU/CSU. Dort der Verrat am Gründungsauftrag und den Interessen der Mitglieder, der Weg von einer von christlichen Motiven bestimmten Partei zur skrupellosen Interessenvertretung der Monopole, der Imperialisten und Militaristen. Hier bei uns der Weg von der Interessenvertretung einzelner Schichten zur bedeutungsvollen Mitverantwortung für das Volksganze. Ein Weg, der uns heute in die Lage versetzt, in echter, christlicher Verantwortung für das Wohl unserer Menschen, für die Zukunft Deutschlands und für den Frieden in der Welt tätig zu sein.

Die Mitarbeiterkonferenz in Dresden erklärte das Programm des Sozialismus zum Gesetz unseres Handelns. Damit ist die Funktion unserer Partei in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus gewachsen. Wir werden unserem Auftrag gerecht, wie es der dem Parteitag vorliegende Entschließungsentwurf ausdrückt, „indem wir unsere gesamte Parteiarbeit in den Dienst unseres bestmöglichen Anteils an der Lösung aller Aufgaben von gesamtgesellschaftlichem Interesse – insbesondere an der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes – stellen“.

Wir sind bei der Ausarbeitung der neuen Satzung vom Inhalt des gesellschaftlichen Auftrages unserer Partei ausgegangen. Es galt vor allem, solche Formen für die Organe der Partei und solche Methoden für die Arbeit festzulegen, die es ermöglichen, daß unsere politisch-ideologische Arbeit der Lösung der vor uns stehenden ökonomischen Aufgaben dient.

Wir wissen, daß Organisation, Formen und Methoden niemals Selbstzweck, sondern Hebel zur Verwirklichung unserer Aufgaben im Dienst an unserem Menschenbruder im Wirken für das Volksganze sind.

Unsere neue Satzung gibt Auskunft über Charakter und Rolle unserer Partei, über Motive unseres politischen Handelns. Sie weist nach, daß sich die Politik der CDU aus der Weiterentwicklung der Prinzipien des Gründungsauftrages ergibt, auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus gerichtet ist und daß die Partei christlichen Bürgern unseres Staates ermöglicht, in noch besserer Form und mit noch größeren Ergebnissen die Konsequenzen aus den ethischen Forderungen des Christentums im Alltag zu ziehen.

Unsere Satzung sichert die breite Entfaltung und Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie. Sie erweitert die Rechte und Pflichten der Mitglieder, indem sie auf dem gewachsenen Bewußtsein der christlichen Demokraten aufbaut und jedem die Möglichkeit gibt, seine Persönlichkeit zu entfalten und seine schöpferischen Fähigkeiten zum Wohle der Gemeinschaft anzuwenden.

Unsere Satzung legt den Aufbau und die Tätigkeiten der Partei nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus fest. Sie schafft eine sinnvolle Einheit von übergeordneter Leitung und Aktivierung aller örtlichen Kräfte und legt die Wählbarkeit der Parteiorgane von unten nach oben fest. Sie verlangt die strikte Einhaltung der Beschlüsse höherer Parteiorgane und die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

Unsere Satzung fordert das Prinzip der Kollektivität und die persönliche Verantwortung der einzelnen Mitglieder, sie verlangt von den Parteiorganen eine wissenschaftliche Führung.

Sie gründet sich wie bisher auf die Leitung der Partei nach dem Territorialprinzip, sichert aber gleichzeitig, daß sich unsere Partei mehr als bisher den Problemen der Durchführung des Plans und der sozialistischen Ökonomik widmet.

So soll unsere Satzung vor allem ein Instrument zur Verbesserung der Führung durch die Vorstände und ihre Organe sein, denn die neuen größeren Aufgaben fordern von uns eine neue, höhere Qualität der politischen Führung.

Die Kunst der Führung setzt voraus, selbst von der Idee des Sozialismus gepackt zu sein, die Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte zu kennen und zu wissen, wie gegenwärtig die konkrete Arbeit beim umfassenden Aufbau des Sozialismus vollzogen werden muß. Die Kunst der Führung liegt darin, den Menschen zu helfen, sich in die Zukunft hineinzuendenken und durch ihre Arbeit heute die Voraussetzungen für das Morgen zu schaffen, die Entwicklung ihres sozialistischen Bewußtseins zu fördern, sie zur Liebe gegenüber unserem sozialistischen Vaterland zu erziehen und ihnen damit zu einem hohen Staatsbewußtsein zu verhelfen.

Das Beherrschen der Erfordernisse der technischen Revolution und ihre Durchsetzung in allen Bereichen unserer nationalen Wirtschaft, die ständige Vervollkommnung unserer sozialistischen Ordnung und ihrer Lebensformen sowie die völlige Herausbildung der sozialistischen Nationalkultur bestimmen die weitere Entwicklung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates. Sie sind zugleich die entscheidenden Faktoren für die zunehmende Überlegenheit unserer sozialistischen Republik über das imperialistische Westdeutschland und sie helfen die Politik der friedlichen Koexistenz auch zwischen beiden deutschen Staaten immer mehr durchsetzen.

Dabei erfordert unser Kampf gegen die verhängnisvolle Politik der westdeutschen Regierung, der ideologischen Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sich mit allen Erscheinungsformen der imperialistischen Gedankenwelt auseinanderzusetzen. Aus diesen politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Erfordernissen, die zugleich das einheitliche Erfordernis für den Sieg des Sozialismus und unseres nationalen Friedenskampfes bilden, leiten sich die Aufgaben ab, die Schritt für Schritt, Jahr für Jahr zur Verwirklichung dieser Perspektive zu lösen sind.

Unseren Mitgliedern diese Perspektive bewußt zu machen, ihnen die Herzen und Hirne zu öffnen für die konkreten Aufgaben des Planes, ihrer Einsatzbereitschaft breiten Raum, ihrer Tüchtigkeit freie Bahn, ihren Erfahrungen und Kenntnissen reiche Anwendungsmöglichkeiten zu geben, das ist der Hauptinhalt unserer Führungstätigkeit, auch wenn einige Freunde heute noch meinen: „Perspektive ausarbeiten ist schön und gut, aber wir werden im Augenblick noch nicht einmal mit den Gegenwartsaufgaben richtig fertig.“

Dabei ist der Volkswirtschaftsplan die wissenschaftliche, an der Perspektive orientierte und alle notwendigen Aufgaben umfassende Festlegung dieser „Teilschritte“ unseres sozialistischen Aufbaus. Er wird damit in der Hand unseres Volkes zum wichtigsten Instrument seiner eigenen Entwicklung und der jedes einzelnen Bürgers, zum entscheidenden Mittel der bewußten Gestaltung unserer glücklichen Zukunft. Die von der Perspektive abgeleiteten konkreten Aufgaben aufgreifen und lösen zu helfen, das ist das Ziel unserer Führungstätigkeit.

Dieses Neue in der Aufgabenstellung versuchten wir bereits durch neue Methoden der Führung durchzusetzen:

1. Wir haben mit den Programmen der Ortsgruppen zum Volkswirtschaftsplan — wie sie jetzt in der Satzung verpflichtend für alle Ortsgruppen festgelegt sind — die Einheit hergestellt zwischen den Erfordernissen des Volkswirtschaftsplanes, dem Wirken unserer Mitglieder in der Nationalen Front und der Arbeit innerhalb unserer Ortsgruppen. Denn das auf der Jahreshauptversammlung be-

geschlossene Programm der Ortsgruppe ist vom Volkswirtschaftsplan des Dorfes oder der Stadt abgeleitet. Es enthält demnach die gleichen Aufgaben, die uns im Ort zur gemeinsamen Arbeit in der Nationalen Front zusammenführen. Wer also verantwortungsbewußt mithilft, das Programm der Ortsgruppe zu verwirklichen, der leistet damit auch gute Mitarbeit in der Nationalen Front und trägt dazu bei, den Plan des Dorfes und der Stadt zu erfüllen. Deshalb haben wir auch die Erfüllung unserer Programme unter öffentliche Kontrolle gestellt.

2. Im Parteiwettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages der DDR hat der Hauptvorstand nur noch die Rahmenaufgaben beschlossen. Die einzelnen Wettbewerbsziele bestimmte die Ortsgruppe in ihrer Jahreshauptversammlung. Sie wurden abgeleitet von den Planschwerpunkten des jeweiligen Ortes. Dadurch wurde formale Arbeit weitgehend ausgeschaltet und gesichert, daß der Wettbewerb wirklich zum Hebel für bessere Leistungen in den Dörfern und Städten unserer Republik zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplans wurde. Daß dabei auch die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb, die Forderung nach neuen Gütezeichen, nach Verbesserungsvorschlägen für die rasche Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Kosten einbezogen waren, ist richtig. Das sind Aufgaben, die das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erfordern.
3. Wir haben die grundsätzliche territoriale Leitung unserer Partei durch neue Methoden und Formen stärker als bisher auf die Durchführung des Plans und die Probleme der sozialistischen Ökonomik orientiert. Die Tätigkeit der Arbeitskreise beim Hauptvorstand, der Aktivs bei den Bezirksvorständen und der Beratergruppen bei den Kreisvorständen verhilft zu einer ergebnisreichen Arbeit unserer Vorstände.

Wir konnten dadurch bestimmte Probleme des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit Hilfe unserer politisch-ideologischen Arbeit, durch besseres Eingehen auf die Spezifik der jeweiligen Produktionsrichtung überzeugender darlegen. Wir konnten tiefer und sachkundiger und damit wirkungsvoller Antwort geben auf die Fragen mancher Mitglieder und sie damit sorgfältiger auf die Lösung der Planaufgaben ausrichten und unsere Arbeit so ertragreicher gestalten.

Durch dieses Wirken gelang es z. B. schneller als vorher, viele Komplementäre und private Unternehmer für die Erzeugnisgruppenarbeit zu gewinnen und ihnen zu helfen, daß sie dort aktiv tätig werden. Probleme des sozialistischen Wettbewerbs und der Plandiskussion 1965 wurden

durch Vorstände und Sekretariate mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften und Aktivs sachkundiger erörtert und damit die massenpolitische Arbeit unserer Partei verbessert.

Die Erläuterung dieser drei neuen Arbeitsmethoden sollte deutlich machen, wie wir den Inhalt unserer Parteiarbeit verbessern und die Einflußnahme unserer Partei vergrößern konnten. Bei dieser Entwicklung spielte allerdings noch manches Formale eine Rolle. In einigen Verbänden wurde z. B. in bezug auf Ortsgruppenprogramme und den Wettbewerb mehr registriert als mobilisiert. Es gilt jetzt, diese Schwächen zu überwinden und die Vorteile besser zu nutzen.

Es ist überhaupt nach dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unserer Partei gelungen, die durch die Mitarbeiterkonferenz herausgearbeiteten Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen. Unsere Ortsgruppen haben es verstanden, sich sehr rasch der sozialistischen Ökonomik zuzuwenden und ihre Aufgaben von den Volkswirtschaftsplänen abzuleiten. Die Arbeit wurde konkreter, die Kollektive unserer Partei und die einzelnen Mitglieder entwickelten neue Initiativen zur Planerfüllung.

Während es bis auf wenige Ausnahmen den Kreisvorständen möglich war, die Ortsgruppen im Jahre 1963 auf die ökonomischen Schwerpunkte hin zu orientieren, konnte die Führungstätigkeit leider nicht in allen Kreisvorständen so weiterentwickelt werden. Das zeigten verschiedene Kreisdelegiertenkonferenzen 1964. Nicht überall wurde die ideologisch-erzieherische Arbeit auf die Erfordernisse des Planes ausgerichtet.

Der Hauptmangel in der Führungstätigkeit unserer Kreisvorstände und damit im Zurückbleiben einer Reihe von Kreisverbänden lag darin, daß die politisch-ideologischen Aufgaben losgelöst von den volkswirtschaftlichen behandelt wurden.

Die vorwärtsweisenden Auseinandersetzungen auf den Kreisdelegiertenkonferenzen über Rolle und Charakter unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und seine nationalen Aufgaben sowie die überzeugende Darlegung der verschiedensten Probleme der christlichen Existenz im Sozialismus halfen, viele ideologische Fragen gründlicher als bisher zu klären, und gaben den Delegierten gute Argumente für ihre weitere Arbeit. Die Einheit von Politik, Ökonomie und Kultur aber wurde noch zu wenig anschaulich. Auch die Tatsache, daß einige Kreisdelegiertenkonferenzen, in deren Wirkungsbereich sich Planrückstände abzeichneten, sich nicht genügend mit der Lösung dieser Aufgaben beschäftigten, zeigt, daß die Hinwendung zu den Problemen des Planes und der sozialistischen Ökonomik einigen Vorständen noch Schwierigkeiten bereitet. Zum Beispiel verstand es eine Reihe von Vorständen nicht, die Beschlüsse des Bauernkongresses für ihre Arbeit anzuwenden. Der Bauernkongreß forderte bekanntlich, um nur eine Aufgabe herauszustellen, die Milchleistung pro Kuh auf

mindestens 3000 Liter zu erhöhen, denn erst von da an ist die Milchproduktion rentabel. Aber diese Forderung hat auf unseren Beratungen nur selten eine entscheidende Rolle gespielt. Man begnügte sich zum großen Teil mit dem bisher Erreichten.

Ein Kreisvorstand kann aber auf diesem Gebiet nur richtig führen und Einfluß nehmen, wenn er von dieser konkreten Aufgabenstellung ausgeht und die Mitglieder, die in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften tätig sind, sowie darüber hinaus auch die Abgeordneten und Staatsfunktionäre mit dieser Zielsetzung vertraut macht und sie befähigt, die gestellte Aufgabe zu meistern.

Die Bezirksdelegiertenkonferenzen 1964 haben die Verantwortung, die die CDU in den Bezirken unserer Republik für das Ganze mitträgt, verdeutlicht.

Sie haben die Aufgaben für die nächste Zeit in den Entschlüssen exakt herausgearbeitet und durch die Aussagen der gesamten Konferenzen Zeugnis von der aktiven Teilnahme christlicher Demokraten am umfassenden Aufbau des Sozialismus gelegt.

Die Wertschätzung, die die Arbeit in den Bezirken erfährt, kam sowohl in der Beteiligung führender Persönlichkeiten der SED und der anderen demokratischen Parteien, Massenorganisationen und des Staatsapparates als auch durch eine große Beteiligung von Pastoren, Theologen und kirchlichen Amtsträgern zum Ausdruck.

Das starke Bemühen, kritisch Bilanz zu ziehen, den Stand der Parteiarbeit einzuschätzen und die Aufgaben für die nächsten Jahre festzulegen, dabei von der Perspektive des Bezirkes auszugehen und den Volkswirtschaftsplan des Bezirkes zur Grundlage unserer Mitarbeit zu machen, war in allen Bezirksdelegiertenkonferenzen zu verspüren — allerdings in sehr unterschiedlicher Qualität.

Wenn wir die Frage stellen, ob das unterschiedliche Erfassen der Probleme an den Mitgliedern dieser Verbände liegt, so möchte ich mit Nein antworten. Es liegt an der unterschiedlichen Qualität der bisherigen Führung durch die Bezirks- und Kreisvorstände. Diesmal galt es, nicht im allgemeinen davon zu sprechen, wie wir das Programm des Sozialismus verwirklichen können, sondern konkrete Antworten zu geben. Es galt zu zeigen, daß sich unsere Mitverantwortung darin niederschlägt, vor allem mit zielstrebigem politisch-ideologischer Bildungsarbeit die Mitgliedschaft zu befähigen, das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in ihrem Betrieb mitdurchzusetzen, die wissenschaftlich-technische Revolution zu beherrschen und die führenden Industriezweige durch die Nutzung aller technisch-ökonomischen Reserven in den eigenen Betrieben zu fördern.

Wie eng die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit der Veränderung der

Lebensweise der Menschen, mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten in Zusammenhang stehen, wurde vor allen Dingen in den Bezirksdelegiertenkonferenzen Magdeburg, Potsdam, Leipzig und Berlin dargelegt.

Dort zeigten sich die ersten Ergebnisse einer qualifizierten Führungstätigkeit durch unsere Vorstände. Gut wurden die Schwerpunkte des Bezirkes und die Erfordernisse unserer Mitarbeit herausgearbeitet. Auch die anderen Bezirksdelegiertenkonferenzen — mit Ausnahme von Neubrandenburg — zeigten, welchen Schritt wir seit unserem 10. Parteitag nach vorn gemacht haben. Doch das Kriterium dafür, wie eine Bezirksdelegiertenkonferenz einzuschätzen ist, bildet nicht der Vergleich zur vorherigen — obwohl selbst dabei Neubrandenburg noch schlecht abschneiden würde —, sondern die Frage: Wie trug die Bezirksdelegiertenkonferenz dazu bei, aus der Perspektive des Bezirkes die konkreten Aufgaben für unsere Partei abzuleiten und alle Kräfte zu mobilisieren für eine gute Planarbeit? Es genügt nicht nur, etwas mehr zu tun als vorher, sondern wir müssen eine neue Qualität der Mitarbeit erreichen.

So hatte der Bezirksvorstand Neubrandenburg nicht erfaßt, daß es nicht schlechthin um die Steigerung der Produktion in diesem wichtigen Landwirtschaftsbezirk geht, sondern um die Ausschöpfung aller Reserven in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Auch der Einsatz der Delegation des Hauptvorstandes konnte die Mängel in der Arbeit der Führungsgremien in diesem Verband bis zur Bezirksdelegiertenkonferenz nicht beseitigen, weil die Schwächen viel zu spät erkannt wurden.

Die Bezirksdelegiertenkonferenzen Magdeburg, Potsdam, Cottbus, Leipzig und Berlin verdeutlichten recht gut, daß der Gradmesser für die Arbeit des Bezirksvorstands darin besteht, wie die Arbeit auf die bezirklichen Schwerpunkte orientiert wird, wie und mit welchem Ergebnis unsere Mitglieder an der Erarbeitung und Erfüllung optimaler Pläne und an der Aufdeckung und Ausschöpfung aller Reserven mitwirken, um in allen Bereichen der Volkswirtschaft den höchsten Nutzen zu erzielen.

Im Gegensatz dazu haben, um es noch einmal deutlich zu sagen, die Bezirksvorstände Neubrandenburg und Karl-Marx-Stadt, aber auch Halle, dieses Hauptproblem nicht richtig erfaßt und ungenügend ihre ideologische Arbeit auf die Erfordernisse der sozialistischen Ökonomie und den Plan ausgerichtet. Das, was die Bezirksdelegiertenkonferenzen zeigten, ist aber auch die Situation in diesen Vorständen. Die große und gute Entwicklung nach vorn, die viele Bezirks- und Kreisvorstände erzielen konnten, wurde in den drei Bezirksvorständen nicht mitgegangen. Sie verstanden es noch nicht recht, die ökonomischen Schwerpunkte des Bezirkes in den Mittelpunkt zu stellen und durch die politisch-ideologische Arbeit bei den Mitgliedern neue Initiativen zu wecken für

die Lösung der Schwerpunktaufgaben. Sie verwandten viel Kraft auf Einzelmaßnahmen und konnten sich daher kaum auf die territorialen und politischen Schwerpunkte in diesen Verbänden konzentrieren. Die großen Potenzen der ehrenamtlichen Mitarbeiter wurden viel zu wenig genutzt und die Kollektivität der Leitung unterschätzt. Dieses Zurückbleiben in der Führung durch die Bezirksvorstände Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg vor allen Dingen ist um so ernster, als sich diese Mängel bereits vor zwei Jahren in den Bezirksdelegiertenkonferenzen zeigten. Das muß nicht nur Anlaß sein, eine entscheidende Wende in der Führung dieser Bezirksverbände herbeizuführen, sondern verpflichtet auch den Hauptvorstand und seine Organe, künftig eine sorgfältige, vor allem aber eine kontinuierliche Anleitung den Bezirksvorständen zu geben, um diese Hemmnisse für unsere Arbeit schnell zu überwinden, damit wir in dem wichtigen Industriebezirk Karl-Marx-Stadt und dem Landwirtschaftsbezirk Neubrandenburg unserer Verantwortung voll gerecht werden.

In der Tätigkeit unserer Verbände beim umfassenden Aufbau des Sozialismus hat sich gezeigt, daß unsere Unionsfreunde – lebenserfahrene, von vielen Ereignissen geprägte, kenntnisreiche Menschen – nicht „Objekt“ unserer Leitungstätigkeit sind. Vielmehr sind sie es ja eben, die mit der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes ihre eigene Perspektive gestalten. Sie sind es, deren Ideen und Tatkraft, deren Erfindergeist und Fleiß, deren Arbeit und Mühen Teil um Teil zum großen Fortschritt unserer Republik beitragen.

Je besser wir es verstehen, diese große Kraft unserer Partei in die Vorbereitung und die Durchsetzung der Beschlüsse mit einzubringen, ihren Rat nicht nur entgegenzunehmen, sondern zu prüfen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, um so größer wird der Beitrag der CDU für den umfassenden Aufbau des Sozialismus sein.

Unseren Freunden die besten Bedingungen für die maximale Erfüllung der Planaufgaben in Stadt und Land zu schaffen, das erfordert die politisch-ideologische Arbeit auf die Probleme des Plans und der sozialistischen Ökonomik auszurichten, das heißt, unsere Freunde für unsere gesellschaftliche Perspektive zu begeistern und dort die Auseinandersetzung zu führen, wo es innere Vorbehalte, Hemmnisse und Zweifel an der Richtigkeit unserer ökonomischen Politik gibt. Damit machen wir unsere Unionsfreunde innerlich frei für die Erfordernisse der technischen Revolution, für ihre konstruktive Mitarbeit bei deren Durchsetzung mit dem Ziel, modernste Produktionsmethoden anzuwenden, die Kosten zu senken und die Qualität zu erhöhen.

Wir wollen und können uns nicht mehr nur für das verantwortlich fühlen, was unsere Unionsfreunde in der Ortsgruppe und in der Nationalen Front tun, sondern müssen jetzt in mindestens gleichem Maße dafür Sorge tragen, daß sie in ihren Betrieben und Genossenschaften an ihrer Arbeitsstelle die

Betriebe aller Eigentumsformen

Schwerpunkte mitlösen helfen und ihr Bestes geben. Die Satzung sagt dazu: „Die Mitglieder sind verpflichtet, Vorbild zu sein in der sozialistischen Arbeit, mitzuhelfen, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die Erfordernisse der technischen Revolution in allen Bereichen der Volkswirtschaft durchzusetzen, die allseitige Erfüllung der Pläne zu sichern, am sozialistischen Wettbewerb teilzunehmen, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu fördern und das sozialistische Eigentum zu mehren und zu schützen.“

Eine solche auf den Plan und unsere sozialistische Ökonomik bezogene Parteiarbeit ist weit davon entfernt, sich in den Produktionsablauf einzelner Betriebe einzumischen. Natürlich erwarten wir von unseren Unionsfreunden, daß sie in ihren Betrieben – sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften, in den Gewerkschaftsgruppen, bei Produktionsversammlungen, im Vorstand und bei den Vollversammlungen der Genossenschaften – ihre Vorschläge und Hinweise auf den Tisch legen, kritisch zu Mängeln der betrieblichen Arbeit Stellung nehmen und aus ihren Erfahrungen heraus Wege zeigen, wie das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft besser angewandt und die volkswirtschaftlichen Leistungen weiter erhöht werden können.

Es wäre fehl am Platze, wollten die Ortsgruppen oder Vorstände solche Fragen zu lösen versuchen. Die Mitgliederversammlungen sollen vielmehr die Unionsfreunde willens und fähig machen, an der Klärung solcher Fragen mitzuwirken. Eine richtig verstandene, auf die Lösung der Planaufgaben und die Meisterung unserer sozialistischen Ökonomie zielende Arbeit unserer Partei ist deshalb keine technisch-ökonomische, sondern eine politisch-ideologische Aufgabe. Solche Arbeit ist das Hauptmittel, mit dem wir auf die ökonomische Entwicklung Einfluß nehmen. Walter Ulbricht sagte hierzu: „Das Wesentliche ist die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen, damit sie instande sind, vor allem die ökonomischen Gesetze des Sozialismus auszunutzen und voll wirksam werden zu lassen.“

Gerade in dieser Hinsicht wird unsere Mitverantwortung deutlich. In den Betrieben aller Eigentumsformen gilt es, unsere Mitglieder zur richtigen Anwendung der ökonomischen Gesetze zu befähigen. Sie sollen vor allem durch Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb und an der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die Schwerpunkte des Betriebes aufgreifen und mithelfen, daß die wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse schnell produktionswirksam werden, die Arbeitsproduktivität maximal gesteigert, die Kosten planmäßig gesenkt und die Produkte in hoher Qualität hergestellt werden.

Die ersten Erfolge unserer Überzeugungsarbeit bei Leitern halbstaatlicher und privater Betriebe, die neuen Formen der Zusammenarbeit in den Erzeugnisgruppen zu nutzen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spanne zwischen den fortgeschrittenen Kräften und denen, die noch in konserva-

tiver Haltung verharren, recht groß ist. Richtige Nutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus heißt aber, auf dieses Gebiet angewandt, alle in die Erzeugnisgruppenarbeit mit einzubeziehen, um dadurch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt schneller durchzusetzen, die Spezialisierung der Produktion zu beschleunigen und die rationellste Organisation der gesellschaftlichen Produktion mit dem höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen zu erreichen.

Kampagnemäßige Arbeit bringt uns nicht voran. Wir dürfen nicht annehmen, jeder Freund, den wir einmal davon überzeugt haben, daß in unserer Entwicklung immer mehr die gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen übereinstimmen, werde diese Einsicht auch bei jedem weiteren Schritt, bei jeder neuen Entscheidung, vor die er gestellt wird, haben. Denken wir stets daran, daß ein Freund, der heute mit uns geht, schon morgen zurückbleiben kann, wenn wir ihn mit seinen Problemen allein lassen.

Wenden wir das auf die Erzeugnisgruppenarbeit an! Es handelt sich dabei nicht um einen gleichsam automatisch folgenden Schritt eines Komplementärs, nachdem er den ersten durch die Aufnahme staatlicher Beteiligung bereits gegangen ist.

Da gibt es Fragen nach der persönlichen Perspektive und der des Betriebes, Fragen, von denen einige unserer Funktionäre meinen, sie seien längst und endgültig geklärt.

Aber wie wir in der Plandiskussion für das Jahr 1965 feststellen konnten, sind das zum Teil berechtigte Fragen, weil noch nicht überall die wirtschaftsleitenden Organe die Perspektive des Wirtschaftszweiges und damit der einzelnen Betriebe herausgearbeitet hatten. Wir sollten daraus erkennen, von welcher entscheidenden Bedeutung die Diskussion über den Perspektivplan bis 1970 ist, denn mit der Klärung dieser Perspektive werden auch die Fragen der Leiter halbstaatlicher und privater Betriebe beantwortet. Umgekehrt erwarten wir auch von den Leitern halbstaatlicher und privater Betriebe, daß sie selbst Vorschläge für die Perspektive ihrer Betriebe unterbreiten.

In der Erzeugnisgruppenarbeit sehen manche sonst recht nüchtern und objektiv urteilende Freunde plötzlich die notwendige Zusammenarbeit mit anderen Betrieben als Unterordnung, die erstrebte Koordinierung als Einmischung an. So bedeutet für manchen Komplementär die Mitarbeit in der Erzeugnisgruppe eine weiterreichende, persönliche, geistige Entscheidung als die Aufnahme staatlicher Beteiligung.

Denn hier gilt es, die Faktoren zu sprengen und in der Erzeugnisgruppe mit anderen Betrieben vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, die Vorteile, die sich in der Arbeit des eigenen Betriebes ergeben haben, den anderen mit zur Verfügung zu stellen. Es ergibt sich aber auch die Möglichkeit, die guten Erfahrungen der anderen im eigenen Betrieb nutzbar zu machen. Es geht ja nicht nur darum, daß der einzelne

Landwirtschaft
Betrieb dem Welthöchststand zustrebt, sondern der ganze Industriezweig.

Richtiges, erfolgreiches ökonomisches Handeln hat demnach seine Wurzeln im politisch-ideologischen Bereich. Mögen die Probleme zunächst ökonomisch erscheinen – ihrem Wesen nach sind sie meist politische, geistige Fragen. Wieviel Unionsfreunde LPG-Bauern, deren Entscheidung für die genossenschaftliche Landwirtschaft prinzipiell klar zu sein schien, hatten plötzlich Bedenken, als die der Großraumwirtschaft hinderlichen Grenzsteine aus dem Boden sollten. Waren das technisch-ökonomische Bedenken? Nein, sie waren ideologischer Natur.

Hindernisse, die in einigen LPG Typ I der weiteren Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität entgegenstanden, liegen unter anderem in mancher Zurückhaltung gegenüber den Spezialistengruppen, große Flächen zu schaffen, den genossenschaftlichen Fonds zu erhöhen, eine gemeinsame Jungviehhaltung auszubauen bzw. kleinere LPG Typ I in einem Ort zu einer zusammenzuführen.

Worauf zum Beispiel die Spezialistengruppen ihr Hauptaugenmerk legen müssen – das ist eine betriebliche Aufgabe und in der LPG zu entscheiden. Daß aber die Unionsfreunde in den Spezialistengruppen mitarbeiten, daß sie in ihrer LPG für eine genossenschaftliche Jungviehhaltung eintreten, die Erhöhung des unteilbaren Fonds unterstützen und die Schaffung großer Flächen und Vereinigung kleinerer LPG Typ I tatkräftig fördern – das ist eine politisch-ideologische Aufgabe und in unseren Ortsgruppen zu entscheiden. Das ist abhängig von der Klarheit über die Perspektive im Sozialismus, von der Entwicklung der LPG, auch von den eigenen Vorteilen in der genossenschaftlichen Arbeit, also vom Wissen von den höchstnotwendigen Schritten und von der Bereitschaft, sie mitdurchzusetzen.

Dabei gilt es, vor allem die politischen Zusammenhänge zu erläutern.

Kein Vorstand kann darauf verzichten, wenn er die schöpferische Initiative aller Mitglieder wecken will, ihnen deutlich zu machen, wie sie mit ihrer Arbeit am umfassenden Aufbau des Sozialismus zugleich ihren eigenen Lebensstandard verbessern, die Deutsche Demokratische Republik als die Kraft des Friedens in Deutschland fördern und damit zugleich für die friedliche Lösung der deutschen Frage wirken.

Jeder Vorstand wird klug handeln, wenn er erläutert, daß wir mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus die Basis immer mehr erweitern, die es uns als Christen ermöglicht, die christlichen Postulate der Friedens- und Nächstenliebe im gesellschaftlichen Raum zu verwirklichen und daß unser sozialistischer Staat die christlichen Ideale einer fortschrittlichen Erneuerung der Formen des menschlichen Zusammenlebens in einem Maße Wirklichkeit werden läßt, wie das bisher in keiner Gesellschaftsform erreicht werden konnte.

Erstmalig können die Christen ohne verletztes Gewissen und ohne Verkürzung der christlichen Botschaft am gesellschaftlichen Aufbau in unserem Staate teilnehmen. Die Hingabe ungezählter christlicher Bürger für ihr Volk wird nicht mehr mißbraucht, sondern sie dient in vollkommener Weise dem sozialen Fortschritt und zugleich der Verwirklichung christlicher Grundforderungen im gesellschaftlichen Bereich. Diese Erkenntnisse sollten von unseren Freunden besonders in die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front hineingetragen werden.

Dabei gilt es zu beachten:

Die Grundlage unserer Arbeit im Rahmen der Nationalen Front und speziell in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bildet ein Dreifaches: einmal wissen wir uns auf Grund des Selbstverständnisses unserer Partei verpflichtet, mit den Christen zu arbeiten und ihnen den Weg in den Sozialismus zu ebnen. Zum anderen handeln wir aus Verantwortung als Christen und Staatsbürger, wenn wir mit unserer ganzen Kraft für das Ziel der Gewinnung der christlichen Bürger zur Mitverantwortung arbeiten und damit drittens den spezifisch christlichen Auftrag der Nächstenliebe auf unsere konkrete historische Situation anwenden. Wir wollen aus christlicher Verantwortung den Menschen unserer Tage dazu verhelfen, unsere Entwicklung zu verstehen. Sie sollen selbst in der Lage sein, an ihrer eigenen Zukunft mitzugestalten. Schon immer haben wir das als unseren spezifischen Beitrag zur Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik, zur Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes betrachtet, den uns niemand anderes abnehmen kann.

Wir können uns heute nicht mehr damit zufriedengeben, wenn es da und dort noch Arbeitsgruppen gibt, die ihre Aufgabe schon erfüllt sehen, wenn sie mehr oder weniger regelmäßig zusammenkommen und in einem immer gleichen Kreis beraten. Die Praxis der letzten Jahre hat uns klar und deutlich demonstriert, daß wir heute von diesen Formen der Arbeit abkommen müssen, und letztlich sollten wir doch auch erkennen, daß christliche Nächstenliebe, die wir in der Verantwortung für die Gesellschaft praktizieren, immer konkret den einzelnen Menschen und Bruder meint. Das persönliche Gespräch, auch das Streitgespräch, kann uns hier nur immer weiter voranbringen in der Gewinnung aller Christen zur Mitverantwortung und Mitarbeit. Die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front bleibt auch weiterhin ein wichtiger Gradmesser dafür, ob und wie wir unseren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, denn hier erweist es sich, ob wir eine wichtige Aufgabe unserer Partei richtig verstehen und in die Praxis umsetzen, ob wir unserer Verantwortung, die wir als Bürger unseres Staates tragen, nachkommen.

Führungstätigkeit, wissenschaftliche Führung muß sich fördernd auf die gesellschaftlichen und parteipolitischen Pro-

zesse auswirken. Um auf solche Prozesse zielgerichtet einwirken zu können, bedarf es umfangreicher Kenntnisse über die entscheidenden gesellschaftlichen Zusammenhänge. Unsere Forderung nach einer besseren Führungstätigkeit ist daher zunächst eine Forderung an uns selbst – an unsere Vorstände und Sekretariate –, die Forderung nach Qualifizierung.

Der Satzungsentwurf stellt als Aufgabe: „Ein Vorstand unserer Partei, der seinen Leitungsaufgaben gerecht werden will, wertet die zentralen Beschlüsse sorgfältig aus und nimmt sie zur Grundlage seiner Arbeitsmethoden. Er stützt sich auf wissenschaftliche Analysen der Lage in seinem Bereich; er legt perspektivisch denkend seine konkreten Ziele fest; er erforscht den günstigsten Weg zur Lösung seiner Aufgaben und weist ihn den nachgeordneten Vorständen und allen Freunden des Verbandes, wobei er – seine Zielsetzungen in die großen nationalen Ziele unserer Republik einordnet – alle Freunde für deren Lösung begeistert; er eröffnet ihnen die breitesten Möglichkeiten und die geeignetsten Formen, die ihre Tatkraft freisetzen und ihnen die Übereinstimmung ihrer eigenen Interessen mit denen der ganzen Gesellschaft deutlich werden lassen; er bekämpft und überwindet jeden Ressortgeist und alle administrativen Methoden.“

Ich möchte auf zwei Gesichtspunkte aufmerksam machen, die mir für das Verwirklichen unserer Forderung bedeutungsvoll erscheinen:

1. Die wissenschaftliche Führung durch die Vorstände, die den Prozeß unserer Mitarbeit organisieren muß, ist auf die maximale Erfüllung der Planaufgaben zu orientieren. Sie hat zu beachten, daß unsere Partei „ein untrennbarer Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ ist – wie es einleitend im Entwurf unserer Satzung ausgeführt wird – und daß es keine Parteiarbeit gibt, die nicht auch Arbeit für die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist.

2. Im Kampf und Ringen unserer Partei zur Verwirklichung des Programms des Sozialismus müssen wir besser als bisher die Dialektik des Allgemeinen und des Besonderen beachten.

Was verstehen wir darunter? Wir haben als Christlich-DEMOKRATISCHE UNION den Prozeß des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, unseres Friedenskampfes und das Wirken für die Einheit Deutschlands so zu unterstützen, daß wir durch die schöpferischen Impulse unserer Mitglieder die allgemeinen Ziele unseres Aufbaus unterstützen und durch unsere darauf bezogenen Aktionen unser eigenes Profil noch stärker herausarbeiten, um neue Kräfte für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, die spezifischen Elemente, die für uns gültig sind, so zu entfalten, daß dadurch das Erreichen der allgemeinen Ziele unserer Gesellschaft gefördert wird.

Mit anderen Worten: mit der Beachtung der Dialektik des Allgemeinen und des Besonderen zeigt sich in der Praxis die

Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse, die Anerkennung ihrer führenden Rolle durch uns und zugleich das selbstschöpferische Tätigsein unserer Partei.

Beachtung der Dialektik des Allgemeinen und Besonderen in unserer politisch-ideologischen Arbeit heißt, unseren Mitgliedern und der christlichen Bevölkerung zu erläutern, welche Aufgaben es in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zu lösen gibt, wo unsere Partei eine besondere Verantwortung trägt und wie wir unserer speziellen Verantwortung – als Ausdruck unserer Mitverantwortung für das Ganze – gerecht werden können.

Unsere Parteipresse zum Beispiel handelt noch nicht immer nach diesem Prinzip. Sie informiert täglich über die wichtigsten Ereignisse auf politischem und ökonomischem Gebiet. Dagegen sind Beiträge, in denen sichtbar gemacht wird, wie christliche Demokraten und parteilose Christen den Prozeß des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in unserem politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf unterstützen, noch nicht alltäglich. Ebenso müßte die Parteipresse vielseitiger das spezifische ideologische Profil unserer Partei zum Ausdruck bringen, um noch abseits stehende parteilose Christen mit dem Inhalt unserer Arbeit vertraut zu machen und auf diese Weise in das Ringen der Nationalen Front miteinzubeziehen. Stärkeres Eingehen auf die Probleme und die Auseinandersetzungen in den Gremien der Partei und auf Fragen parteiloser Christen wird die Presse noch stärker zum Organisator unserer gesellschaftlichen Arbeit qualifizieren.

Wie erfüllen wir nun die Forderung nach einer wissenschaftlichen Führung? Wodurch zeichnet sie sich aus und welches sind ihre Grundlagen?

Lassen Sie mich auf einige wesentliche Elemente eingehen:

Ohne Informationen ist eine gute Führung unserer Partei nicht möglich. Die Parteiführung muß Informationen über alle Probleme haben, die in der Diskussion unserer Parteiverbände, aber auch in der christlichen Bevölkerung, eine Rolle spielen, und muß wissen, wie die im jeweiligen Territorium gestellten Aufgaben gemeistert wurden. Diese Informationen müssen konkret und sachlich sein, sie müssen das Typische aussagen und nicht nur Zufälliges enthalten. Es genügt nicht, nur anzugeben, welches Echo bestimmte Maßnahmen oder Vorgänge ausgelöst haben, aus der Information muß hervorgehen, wie und mit welchem Erfolg dem begegnet wurde, in welchen Gebieten, unter welchen sozialen Schichten oder Altersgruppen einzelne Argumente vorherrschen und welche Einflüsse für die Haltung einzelner Bürger maßgebend sind.

Im wesentlichen sind es zwei Kriterien, an denen das Bewußtsein der Menschen sichtbar und meßbar wird:

1. Die Analyse der Aussagen der Menschen, ihre gesprochenen und geschriebenen Äußerungen.

2. Die Analyse der Tätigkeit der Menschen für die sozialistische Gesellschaft.

Nur so kann sich die Parteiführung ein umfassendes Bild über die Lage machen und die Erfahrungen, die von Mitgliedern unserer Führungsgremien an der Basis gemacht worden sind, vervollständigen, bestätigen oder korrigieren.

Umgekehrt müssen die nachgeordneten Vorstände Informationen von den Führungsgremien der Partei erhalten, um die Beschlüsse des Hauptvorstandes kennenzulernen und mit einheitlicher Zielsetzung in Übereinstimmung mit den jeweiligen Anforderungen der aktuellen Situation verwirklichen zu können.

Wenn man die Information in diesem reziproken Verhältnis sieht, wird zugleich klar, welche Bedeutung auch hier die Dialektik des Allgemeinen und des Besonderen hat. Denn die Informationen sind nur dann für eine gute Führung und für die Erhöhung der Wirksamkeit unserer Partei in der Nationalen Front von Bedeutung, wenn sie sich sowohl auf die allgemeinen gesellschaftlichen Zielsetzungen in unserer Republik als auch auf die spezifische Problematik auf ideologischem Gebiet beziehen.

Wie uns eine „Information“ nicht weiterhilft, zeigt uns der Bericht des Bezirksvorstandes Schwerin über die kulturpolitische Mitarbeit unserer Unionsfreunde. Hier hieß es im Blick auf die Aktivität unserer Mitglieder bzw. der christlichen Bevölkerung im Kreis Güstrow, es müsse hierbei vor allem auf die Tätigkeit eines Unionsfreundes hingewiesen werden, der mit seiner Feuerwehrkapelle besondere Erfolge errungen hat.

Offensichtlich haben unsere Freunde die Bedeutung der kulturellen Arbeit als eines wesentlichen Mittels zur Mobilisierung unserer Menschen für die schöpferische Mitarbeit am umfassenden Aufbau des Sozialismus noch nicht erkannt. Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur einen untrennbaren Bestandteil und einen der wichtigsten Abschnitte in unserer gesamten sozialistischen Revolution darstellt.

Unsere sozialistische Nationalkultur, die Mitarbeit zu ihrer Verbreiterung und ihrer Vollendung ist für uns kein bloßes Beiwerk unserer sozialistischen Wirklichkeit – nicht eine Art „Umrahmung“ unseres sozialistischen Aufbaus im ökonomischen und staatlichen Bereich, die oft zwar recht wirkungsvoll ist, auf die wir aber ebensogut verzichten können, sondern sie ist unveräußerlicher Bestandteil unseres sozialistischen Lebens, Mittel und Methode, neue Initiativen bei unseren Freunden zur Erfüllung der Planaufgaben zu wecken.

Wäre unseren Unionsfreunden das bewußt gewesen, hätten sie erkannt, daß die Kulturarbeit keine untergeordnete Bedeutung hat, sondern ein notwendiger Teil eines zusammenhängenden Prozesses, den wir als Einheit von Politik, Ökonomie und Kultur bezeichnen, dann hätte in der Information

mindestens hervorgehoben werden müssen, daß Unionsfreunde Betreuer der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Barlach-Gedenkstätte sind und dabei viel Initiative entwickeln, daß andere Unionsfreunde das bedeutende Heimat-Museum durch Veröffentlichungen über die Schloß-Geschichte und die Entwicklung der Arbeiterpartei unterstützen und daß schließlich ein Unionsfreund als Vorsitzender der Ständigen Kommission Kultur zahlreiche Konzerte organisiert.

Der Bericht hätte weiter über die aktive Mitarbeit unserer Freunde in den vier Wohngebieten der Stadt, in der Kommission für kulturelle Massennarbeit Aufschluß geben müssen, denn viele Feste der Lebensfreude wurden durchgeführt, Buchausstellungen, Schachzirkel, Tischtennisgruppen organisiert und Wesentliches für die Qualifizierung der Bauern getan. Aber unser Kreissekretär weiß nicht, wer in der Kreis-kommission Kultur mitarbeitet. Der Kreisvorstand beschäftigte sich nur ungenügend mit Problemen der Kultur, und im Bericht der Kreisdelegiertenkonferenz fehlte eine zusammenhängende Aussage zu Kulturarbeit. Auch in der dort gefaßten Entschliebung ist letztlich nicht ein Wort dazu gesagt.

Wir erkennen: Vieles ist durch unsere Unionsfreunde gesehen, aber die Initiativen wurden vom Kreisvorstand nicht aufgegriffen und nicht weitergeführt. Sie konnten es auch nicht, weil der Kreisvorstand nicht informiert und demzufolge außerstande war, gut zu leiten.

Warum habe ich dieses Beispiel so ausführlich geschildert? Einmal, um deutlich zu machen, was zu einer wirklichen Information gehört, aber auch um zu unterstreichen, daß es zu den objektiven Erfordernissen der technischen Revolution gehört, das neue sozialistische Antlitz unserer Menschen zu formen und eine qualitativ höhere Stufe in der Bildung und Kultur zu erreichen. Kulturarbeit lenkt also nicht von der Lösung ökonomischer Aufgaben ab, sondern hilft, sie zu meistern.

Der zweite Schritt in einer wissenschaftlichen Führungstätigkeit ist die Analyse. Sie hilft uns, Wesentliches von weniger Wesentlichem zu unterscheiden. Ein Kreisvorstand, der Hinweise zur Verwirklichung der unserer Partei gestellten Aufgaben erhält, wird diese mit den Informationen über die Lage in seinem Verband konfrontieren und daraus analytisch die entscheidenden Momente der Situation im Kreis und der besonderen Aufgaben des Kreisvorstandes herauszuarbeiten haben.

Es wird jedem klar sein, daß eine kollektive Arbeit erforderlich ist, um richtig analysieren zu können. Bekanntlich setzt sich jeder Vorstand der Partei aus Unionsfreunden unterschiedlicher Herkunft, verschiedener Fähigkeiten und Talente, anderer Erfahrungen und Charaktereigenschaften zusammen. Die kollektive Beratung und Beschlußfassung aller

wichtigen Aufgaben ermöglicht es, daß von allen Seiten durchdachte Entscheidungen getroffen werden.

Wir bewahren damit die Partei vor fehlerhaften Entscheidungen und Zufälligkeiten, wobei persönliche Initiative und persönlicher Einsatz keinen Gegensatz zur Kollektivität der Leitung, sondern unerläßliche Voraussetzungen zur Heranbildung eines echten Leitungskollektivs darstellen. Das sind Gesichtspunkte, die für alle Etappen einer qualifizierten Leitung von großer Bedeutung sind.

Als unsere Freunde im Bezirksvorstand Frankfurt (Oder) Ende des vergangenen Jahres berieten, wie sie bestimmte Probleme bei der Weiterentwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft lösen helfen, konnten sie sich auf eine gute Analyse stützen. Aus ihr ging hervor, was es in den einzelnen Genossenschaften vorrangig zu lösen galt, wie die politisch-ideologische und ökonomische Situation in den Genossenschaften war und über welche Kräfte wir als CDU in der betreffenden LPG verfügen. Das war eine ausgezeichnete Grundlage für die Beratungen und Beschlüsse. Unsere Freunde wurden besonders in den Ortsgruppen tätig, in denen Mitglieder unserer Partei als Vorsitzende von Genossenschaften eine besondere Verantwortung tragen.

Im Kreisverband Angermünde gelang es, indem die Probleme der Genossenschaften in die Mitgliederversammlungen hineingetragen wurden, unsere Freunde zu erhöhten Anstrengungen bei der Steigerung der Produktion zu veranlassen.

In der LPG in Tantow z. B. konnte der Getreideertrag gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesteigert werden, auch in der LPG in Blumenhagen lieferten unsere Freunde erhebliche Mengen Getreide über den Plan hinaus ab. In der LPG in Vierraden wurde eine genossenschaftliche Herdbuchrinderhaltung aufgebaut.

Entscheidend bei diesen Beispielen ist es, daß durch die zielgerichtete Arbeit die bisher zurückgebliebenen Genossenschaften an das Niveau der fortgeschrittenen herangeführt werden konnten.

So gut der Bezirksvorstand Frankfurt auf Grund der exakten Analyse der Arbeit auf diesem Gebiet vorankommen konnte, so war andererseits eine oberflächliche Analyse des Bezirkssekretariats Dresden während der Vorbereitung der Bezirksdelegiertenkonferenz die Ursache für eine Fehleinschätzung auf einem wichtigen ökonomischen Gebiet. Im Bezirk Dresden gab es einige Betriebe mit hohen Exportschulden. Der Bezirksvorstand aber war stolz darüber — durchaus berechtigt —, daß die von Unionsfreunden geleiteten Betriebe ihre Exportverpflichtungen erfüllt hatten.

Vergessen wurde aber, daß unsere Verantwortung weiter geht. Vergessen wurde nämlich, daß wichtige Exportbetriebe von Zulieferbetrieben abhängig sind, und daß wir von da her weitere Verpflichtungen haben.

Unerkannte Tatsache war z. B., daß sowohl der VEB Drukereimaschinenwerk Dresden durch Lieferrückstände bei Laufwerken und Ersatzteilen durch eine von einem Unionsfreund geleitete Firma und der VEB Elektromaschinen Sedlitz durch Rückstände in der Lieferung von Preßteilen für elektrische Haus- und Heizgeräte aus einer von einem Unionsfreund geleiteten Maschinenwerkstatt mit mehreren Millionen Mark zu den größten Exportschuldnern des Bezirkes Dresden zählten.

Wir sehen: Eine oberflächliche Analyse bewirkte eine Fehleinschätzung der Lage, so daß die politisch-ideologische Arbeit und der Einsatz der Kräfte durch den Vorstand nicht richtig organisiert werden konnten. Ja, Mitverantwortung für das Ganze tragen erfordert höchste Qualität der Führung durch die Vorstände.

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß sich als dritter Schritt der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit die Planung, die exakte Ausarbeitung der Aufgabenstellung durch das jeweilige Führungsgremium ergibt. Drei Phasen sind dabei zu beachten:

- a) die perspektivische Planung;
- b) die Planung für einen von aktuellen Anforderungen bestimmten Zeitraum;
- c) die Fixierung der jeweiligen vorhandenen Kräfte und ihre Konzentrierung auf die jeweiligen Hauptaufgaben.

Die Planung unserer Parteiarbeit ist in manchen Vorständen oft noch recht weit von wissenschaftlicher Planung entfernt. Wir machen es meist noch so, wie es früher in der Wirtschaft praktiziert wurde. Ausgangspunkt der Überlegungen ist allein der gegenwärtige Stand. Daraus werden die Aufgaben für morgen abgeleitet. Aber auch in der Planung unserer politischen Arbeit sollten wir aus der Ökonomik lernen.

Ausgangspunkt der Planung muß das sein, was von uns in der Perspektive verlangt wird. Wir müssen zunächst die Fragen beantworten: Welche Ziele sind unserer Wirtschaft gestellt, welche Aufgaben müssen von unseren Menschen gelöst werden, damit die technische Revolution in allen Bereichen der Volkswirtschaft durchgesetzt wird?

Auch die Arbeit auf politisch-ideologischem Gebiet muß geplant werden. Man kann sagen, daß in diesem Bereich der Leitungstätigkeit die Strategie und Taktik unserer Partei für ihren Kampf in der Gemeinsamkeit der in der Nationalen Front vereinten Kräfte auszuarbeiten ist.

Es geht darum, vorausschauend die Probleme zu erfassen, die einmal die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie, die immer enger werdende Freundschaft unserer Partei mit der Partei der Arbeiterklasse und zum anderen die Aufgaben der technischen Revolution, die neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen zum Ziele haben.

Liebe Freunde!

Unsere Arbeit ist auf die Zukunft gerichtet. Wir haben die Vergangenheit erfolgreich bewältigt und so eine gesicherte friedliche Perspektive vor uns. Wir haben keine Angst vor dem Morgen, unsere Menschen gehen voller Begeisterung, voller Lebensfreude und Optimismus an ihre Arbeit.

Dagegen wächst in Westdeutschland die Zahl derjenigen, die hinter die Fassade äußeren Glanzes schauen und von dem immer länger werdenden Schatten des Wirtschaftswunders erfaßt werden. Viele sind schon heute erfüllt von Angst und Sorge über die Zukunft. Deshalb proklamierte die westdeutsche CDU auf ihrem Parteitag in Hannover die Losung „Die Zukunft gestalten!“. In München bot sich die gegenwärtig reaktionärste westdeutsche Partei, die CSU, als Führerin in diese Zukunft an. Beide Parteien versuchen auch weiterhin, die Bürger Westdeutschlands irrezuführen.

Weil man die Kraft weiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung angesichts des Strebens der CDU/CSU nach Atomwaffen, der schrankenlosen Rüstungspolitik und der immer lauter erhobenen Revancheforderungen kennt, beschwört man die Zukunft und schreibt dieses Wort wie eine magische Beschwörungsformel an die Stirnseite der Parteitaglokale. Das ist aber auch alles.

Eine solch überlebte Gesellschaftsordnung wie die kapitalistische in Westdeutschland, ein solch reaktionärer Staat wie die Bundesrepublik, eine solch chauvinistische Politik des kalten Krieges unter Mißbrauch des Christentums sind außerstande, die neuen Probleme der Menschheit im Atomzeitalter – die Zukunft – zu meistern.

Dagegen können wir in der Deutschen Demokratischen Republik im Vertrauen auf die eigene Kraft des Volkes und in der Gewißheit von der Übereinstimmung unserer politisch-ökonomischen Ziele mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft uns der Zukunft zuwenden und jene Mittel und Wege festlegen, mit denen wir alle Menschen auf die großen Aufgaben des Morgen vorbereiten.

So wie wir in den Grundfragen der Politik unserer Republik zur Erreichung unserer Ziele bestimmte Schwerpunkte vorrangig anpacken, wie uns z. B. das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf die optimale Förderung der führenden Industriezweige unserer Wirtschaft hinweist, so müssen wir auch in allen Ebenen unserer Partei die Schwerpunkte erkennen und durch unsere Arbeit diese Probleme lösen.

In sorgfältiger Analyse ist der Schwerpunkt für die Arbeit einer Parteigliederung herauszuarbeiten. Das Hauptkriterium dafür, was ich als Schwerpunkt anzusehen habe, ergibt sich aus der Beantwortung folgender Fragen:

Wo muß ich sofort anpacken, welchen Schritt muß ich zuerst tun, welche Aufgaben muß ich vordringlich lösen, weil

davon die weiteren Etappen der Arbeit und die Lösung der nächsten Aufgaben abhängen.

Einen Schwerpunkt wird demzufolge nicht immer der am weitesten zurückliegende Verband darstellen, sondern er ist dort zu finden, wo durch die Verbesserung der Arbeit ein weitaus größerer politischer und ökonomischer Nutzen herauskommt, als das in dem am weitesten zurückliegenden Verband objektiv möglich wäre.

Ich möchte das verdeutlichen:

Im Kreisverband Meiningen haben wir zwei Ortsgruppen mit 5 bzw. 8 Mitgliedern — die Ortsgruppen Einödhausen und Melpers. Dort ist die Parteiarbeit nur schwach entwickelt, unsere Freunde werden noch zu wenig in der Gemeinde wirksam.

Im gleichen Kreisverband gibt es die Ortsgruppe Neubrunn. Sie zählt 46 Mitglieder. Davon arbeiten 18 Unionsfreunde in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, zwei davon im Vorstand, 8 Unionsfreunde gehören dem Ortsausschuß der Nationalen Front an, ein Unionsfreund ist Leiter des Volkschores sowie des Männer- und Kirchenchores. Schließlich sind noch 3 Unionsfreunde als Gemeindevertreter, einer von ihnen als Bürgermeister tätig.

Die Ergebnisse der beiden in Neubrunn bestehenden Genossenschaften zeigen Schwierigkeiten in der Planerfüllung. Was mag wohl im Augenblick der Schwerpunkt der Arbeit unseres Kreisvorstandes sein? Richtig hat der Kreisvorstand in Meiningen erkannt, daß es eine Verzettlung der Kräfte bedeuten würde, wenn vielleicht in den beiden kleineren Ortsgruppen schwerpunktmäßig gearbeitet würde. Sie haben als ihren Schwerpunkt die Ortsgruppe Neubrunn festgelegt, weil durch die Mobilisierung aller Kräfte in dieser größeren Ortsgruppe wesentlich bessere Ergebnisse in der staatlichen und gesellschaftlichen Arbeit, aber auch in der LPG erzielt werden können, als durch noch so große Anstrengungen in den beiden kleineren Ortsgruppen.

Wenn wir, abgesehen von den in den einzelnen Verbänden konkret festzulegenden Maßnahmen nach dem Schwerpunkt, nach den Hauptaufgaben, nach dem entscheidenden Teil unserer Parteiarbeit fragen, dann ist es im gegenwärtigen Zeitraum vom Hauptvorstand bis zu den Ortsgruppen hinunter die Verbesserung der Führungstätigkeit. Wenn wir davon ausgehen, daß die Bereitschaft der Unionsfreunde zur Mitgestaltung am umfassenden Aufbau des Sozialismus da ist, dann kommt es im entscheidenden Maße darauf an, daß durch richtige Führung die das Bewußtsein bildende Arbeit durchgesetzt, die qualifizierungsfördernden Maßnahmen eingeleitet und der Einsatz aller Kräfte durch die Vorstände besser organisiert wird.

Sei es nun bei Schwerpunkten, die nach territorial-ökonomischen oder politisch-ideologischen Gesichtspunkten gebildet worden sind, bei allen ist unbedingt zu beachten, daß eine

gute Führung verlangt, sich auf die Lösung des in kollektiver analytischer Arbeit ermittelten Schwerpunktes durch alle zur Verfügung stehenden Kräfte so zu konzentrieren und so lange zu wirken, bis die Schwerpunktaufgabe gelöst ist — ohne dabei jedoch die anderen Aufgaben aus dem Auge zu verlieren.

Wenn ich beim Vergleich der beiden Ortsgruppen deutlich machte, daß nicht immer automatisch der am weitesten zurückgebliebene Verband oder Vorstand den Schwerpunkt der Arbeit bilden muß, dann darf das nicht so verstanden werden, als würden wir künftig so vorwärtsgehen wollen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob auch alle Freunde das Tempo mithalten können. Nach wie vor ist es eine wichtige Aufgabe, den Zurückgebliebenen zu helfen und sie auf das Niveau der Fortgeschrittenen zu heben.

Wir brauchen ein Niveau der Parteiarbeit, welches die Erfüllung der gestellten Aufgaben in allen Verbänden ermöglicht.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu der Arbeit mit „Beispielen“. Die meisten Vorstände und Sekretariate arbeiten mit Beispielen und informieren die übergeordneten Vorstände auch über diese Beispiele. Was aber fehlt, das ist die rasche Verallgemeinerung auf alle Verbände, denn das wäre erst echte Hilfe für die Zurückgebliebenen. Was heißt das: „Verallgemeinerung“ guter Beispiele? Einige Vorstände sehen das so, als genüge es, zu dem einen „Beispiel“ noch zwei weitere zu schaffen.

Dabei geht es doch darum, den anderen das Neue zu zeigen, ihnen das Typische, das Wesentliche darzulegen, das zum Erfolg geführt hat. Unsere Freunde müssen informiert werden, welche Methoden sich besonders bewähren, ihnen müssen Hinweise gegeben werden, welche Nutzenanwendung in ihrem Bereich aus einem solchen Beispiel zu ziehen ist.

Die Organisation guter Beispiele genügt also nicht, wenn nicht die Erfahrungen schnell für alle Verbände ausgewertet werden und die Vorstände und Sekretariate am Ort der Handlung selbst tätig werden und unseren Freunden bei der Organisation ihrer Arbeit helfen. Das ist zugleich die beste Kontrolle, ob und wie sich gute Beispiele verallgemeinern lassen.

Die Planung ist die eine Sache, Organisation zur Verwirklichung des Planes die andere. Wir kommen damit zum vierten Schritt der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit.

In einigen Vorständen und Sekretariaten ist noch immer die Auffassung vorhanden, nach jedem Beschluß des Hauptvorstandes, nach jeder Entschließung der zentralen Führungsgremien unserer Partei müßten von ihnen eben solche „grund-sätzlichen“ Beschlüsse verfaßt werden.

Viel Mühe wird aufgewandt, etwas mit anderen Worten zu sagen, was schon in aller Klarheit und Deutlichkeit beschlossen wurde. Die Hauptaufgabe für unsere Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppenvorstände besteht aber in erster Linie in der

Organisation ihrer Arbeit zur Verwirklichung der von den zentralen Führungsgremien gefaßten Beschlüsse. Es bedarf sehr wohl eigener Überlegungen über den Weg zur Verwirklichung der zentralen Beschlüsse, vor allem über das Wie.

Es ist demzufolge nicht nur erforderlich, unseren Mitgliedern die gefaßten Beschlüsse zu erläutern, sondern es muß geprüft werden, welche politisch-ideologischen Hemmnisse im Bewußtseinsstand der Mitgliedschaft der konsequenten Durchführung der Beschlüsse entgegenstehen. Eine planvolle Arbeit muß unseren Mitgliedern die nächsten Schritte zeigen und sie innerlich frei machen, so daß sie die neuen Aufgaben nicht nur verstehen, sondern mit selbständigen Entscheidungen und Maßnahmen sie durchsetzen helfen.

Wie sah das mit der Behandlung von zwei Hauptvorstandsbeschlüssen durch den Bezirksvorstand Rostock aus? Der Beschluß des Hauptvorstandes über den Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages unserer Republik wurde zur Kenntnis genommen, aber lediglich organisatorisch-technische Maßnahmen wurden eingeleitet, um möglichst hohe Ergebnisse in diesem Wettbewerb zu erzielen.

Wie sich diese formale Weitergabe zentraler Beschlüsse und die Ausklammerung der politisch-ideologischen Seiten auswirkt, kam auf der Bezirksdelegiertenkonferenz sehr deutlich zum Ausdruck. Ein in der Arbeit noch junger, aber sehr einsatzfreudiger Kreissekretär sagte: „Es ist uns gelungen, bis zu dieser Konferenz bei allen Mitgliedern die Verpflichtungen einzusammeln bzw. einzutreiben“. Aber das ist doch nicht der Sinn und Zweck unserer Arbeit. Unsere Mitglieder sollen die ganze politische Wertigkeit des Wettbewerbs verstehen, die Zusammenhänge zwischen zusätzlichen Taten zur schnellen ökonomischen Entwicklung unserer Republik und damit zur Verbesserung der Lebenshaltung erkennen und dafür aus eigener Initiative tätig werden.

Das ist aber nicht möglich, wenn in einem Gespräch Ende August der Kreissekretär von Rostock-Land meinte, dem größten Teil der Mitglieder sei der Beschluß des Hauptvorstandes über unseren Wettbewerb vom Dezember des vergangenen Jahres nicht bekannt. Das Ergebnis im Wettbewerb für den Bezirk Rostock wäre sicher gewichtiger, wenn durch eine zielgerichtete politische Überzeugungsarbeit alle Mitglieder mit dem ganzen Inhalt unserer Beschlüsse vertraut gemacht worden wären.

Nehmen wir als zweites Beispiel den Beschluß über die Verbesserung der Arbeit in der Landwirtschaft, den der Hauptvorstand im Juni 1964 in Güstrow faßte.

Der Bezirksvorstand Rostock schenkte ihm in seinen Sitzungen keinen besonderen Tagesordnungspunkt. Es wurde lediglich die Erwartung ausgesprochen, daß die durch die Parteilitung gegebenen Hinweise in den Kreisverbänden und Ortsgruppen beachtet werden. Auch in den Kreissekretär-Dienstbesprechungen wurde er nicht in einem besonderen Tages-

ordnungspunkt behandelt. Die Kreissekretäre wurden lediglich gebeten, einen Überblick über das landwirtschaftliche Geschehen und eine Analyse über die Entwicklung derjenigen Genossenschaften zu geben, in denen wir Vorsitzende haben. Die Informationen des Bezirksverbandes an die Kreisverbände verwiesen in bezug auf die Hauptvorstandssitzung in Güstrow auf die Parteipresse und forderten lediglich, den Kampf gegen die Selbstzufriedenheit zu führen.

So kam es, daß auch in den Kreisvorständen Ribnitz-Damgarten, Rostock-Land und Grimmen die XIX. Hauptvorstandssitzung nicht — wie festgelegt — ausgewertet wurde. Lediglich unsere Hauptvorstandsmitglieder und die Gäste der Beratungen in Güstrow werteten in ihren Ortsgruppen die Beratungen so aus, wie das in allen Ortsgruppen hätte geschehen müssen.

So wurde dieser besonders für den Bezirksverband Rostock wichtige Beschluß im Bezirksvorstand nicht richtig ausgewertet, obwohl 22 Prozent der Mitglieder unseres Verbandes in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften tätig sind, obwohl 50 Unionsfreunde Vorsitzende von LPG sind, obwohl 90 Prozent aller Ortsgruppen Landortsgruppen sind, obwohl 150 Unionsfreunde als Gemeinderäte besonders die Aufgaben der Landwirtschaft mitzulösen haben.

In diesem Verband gibt es viele hervorragende Leistungen unserer Unionsfreunde in den LPG, die nach der Losung: „Mehr Brot, mehr Getreide unserem Staat!“ die Forderung nach hoher Planerfüllung realisiert haben. Sie gilt es für die Arbeit zu nutzen. Das sind die Beispiele, die wir nicht erst zu schaffen brauchen, sondern die ausgewertet und verallgemeinert werden müssen.

Wieviel mehr könnte doch erreicht werden, wenn das Führungsgremium des Bezirkes richtig mit den Beschlüssen des Hauptvorstandes gearbeitet und mobilisierend im Bezirksverband gewirkt hätte! Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz nahmen die Delegierten dankbar entgegen, daß der Bezirk Rostock insgesamt die Pläne der landwirtschaftlichen Produktion erfüllt und teilweise übererfüllt hat. Im Referat und in der Diskussion wurde jedoch mit keinem Wort darauf eingegangen, daß bereits einige Wochen vor der Konferenz eine Stagnation in der Milchproduktion eingetreten, ja zum Teil ein Rückgang festzustellen war.

In einer solchen Situation zeigt sich aber, ob ein Vorstand auf der Höhe seiner Aufgaben ist, sich wirklich mitverantwortlich fühlt für das Ganze und jetzt mobilisierend wirkt, um Wege zu weisen, um Beispiele zu zeigen, wie die Produktion wieder an den Plan herangeführt und über den Plan hinaus gesteigert werden kann.

Liebe Freunde, merken wir uns, es darf heute nicht mehr nur darum gehen, in der Landwirtschaft den Plan zu erfüllen, sondern wir müssen das Maximale aus dem Boden,

aus unserer Viehproduktion, aus unseren sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben herausholen.

Eine angegebene Produktionssteigerung in einer LPG gegenüber dem Vorjahr ist gut, muß aber noch lange nicht ausreichend sein, wenn man sachkundig die betriebswirtschaftlichen und agrarökonomischen Verhältnisse in den LPG analysiert. Das ist eine große Forderung an unsere Vorstände.

Schließlich ist der letzte Schritt der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit die Kontrolle.

Was nützen die schönsten Informationen, die brilliantesten Analysen, die exaktesten Festlegungen über die Konzentration der Kräfte, die detailliertesten Planungen, die günstigsten Formen der Organisation und Koordination, wenn die sich daraus ergebenden Festlegungen nicht verwirklicht werden? Daher ist die Kontrolle in der Arbeit unserer Partei von ausschlaggebender Bedeutung.

Wir wissen alle, liebe Unionsfreunde, daß die Stärke unserer Partei darin besteht, daß Zehntausende von Unionsfreundinnen und Unionsfreunden mit ihrer ganzen Kraft sich dem Kampf unserer Partei stellen. Allein 28 400 Unionsfreunde sind in den Vorständen und Sekretariaten, in den Arbeitsgemeinschaften, Aktiven und Beratergruppen ehrenamtlich tätig. Dieses Kapital an politischer und menschlicher Kraft und Energie – und dabei habe ich noch nicht einmal die Freunde, die als Abgeordnete und als Mitarbeiter der Nationalen Front tätig sind, genannt – ist nicht hoch genug zu würdigen, und jedes leitende Gremium unserer Partei würde seine Aufgaben verfehlen, wenn es nicht Vertrauen zu dieser politischen und menschlichen Kraft hätte.

Andererseits würden aber auch gerade die Einsatzbereitschaft, die Begeisterung und die Leidenschaftlichkeit unserer Unionsfreunde nicht wirksam genug, wenn unsere leitenden Organe in Vertrauensseligkeit auf eine exakte Planung des Einsatzes dieser Freunde verzichten würden. Deshalb ist die gegenseitige Kontrolle in der Verwirklichung der Parteibeschlüsse von solcher Wichtigkeit, nun aber nicht in dem Sinne des alten, jetzt ein wenig überholten Satzes: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, sondern im Sinne der dialektischen Einheit des Vertrauens zum einzelnen und der Kontrolle seiner Leistungen.

Der Bezirksvorstand Cottbus z. B. hat durch seine Mitglieder am Ort der Handlung eine ständige Kontrolle über die Entwicklung des Wettbewerbs geführt. Schwächen und Hemmnisse konnten zum Teil an Ort und Stelle überwunden werden. Festlegungen des Bezirkssekretariats ermöglichten, die anderen Vorstände auf besondere Schwächen und die Möglichkeit ihrer Überwindung hinzuweisen. Dieses Ständig-am-Mann-Bleiben und Kontrollieren und dabei zugleich Analysieren und Verändern half dem Bezirksverband Cottbus, eine beachtliche Kontinuität in der Arbeit zu erreichen, was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, daß dieser Verband im

Wettbewerb von Anfang an in der Spitzengruppe zu finden war.

Im Gegensatz hierzu setzte sich in den Bezirksverbänden Potsdam und Leipzig erst später im Verlauf des Wettbewerbs die Kontrolle durch. Unsere Überprüfungen ergaben, daß die Realitäten in diesen Verbänden nicht mit der Einschätzung der Bezirksvorstände übereinstimmen.

Durch das plötzliche Zurückbleiben im Wettbewerb waren beide Vorstände veranlaßt, eine Reihe von Maßnahmen festzulegen. Zum Beispiel verstärkte operative Einsätze der Bezirksvorstände und -sekretariate, Einführung einheitlicher Kontrollsysteme, wodurch auch in den Kreisen ein ständiger Überblick gegeben war. Diese Arbeitsmethoden führten dazu, daß die Bezirksvorstände Potsdam und Leipzig die Aufgaben des Wettbewerbs durch richtigen Einsatz der Kräfte besser meistern konnten und seitdem mit zu den Besten zählen.

Kontrolle als der letzte und Information als der erste Schritt einer qualifizierten Führungstätigkeit gehen ineinander über. Denn mit der Kontrolltätigkeit schaffen wir uns neue Informationen, die wir analysieren und planen müssen, um die Kräfte zu neuem Einsatz zu formieren.

Hier schließt sich dieser Kreislauf, der in der Tat von wissenschaftlicher Führungstätigkeit zeugt und die notwendige Kontinuität in der politischen Arbeit sichert.

Eine solche kontinuierliche Arbeit wurde in den letzten drei Jahren durch Bezirksvorstand und -sekretariat Groß-Berlin immer besser entwickelt. Die politischen Hauptfragen wurden in den Mittelpunkt der Arbeit der Ortsgruppen gestellt.

Die entscheidenden Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze vom 13. August 1961 veranlaßten z. B. den Bezirksvorstand, in allen Ortsgruppen über die politischen Zusammenhänge, den unterschiedlichen Charakter beider deutscher Staaten und über die Gefahr, die vom NATO-Brückenkopf Westberlin drohte, zu sprechen.

Weil es gelang, unsere Mitglieder davon zu überzeugen, daß die Schutzmaßnahmen unserer Regierung im Interesse des Friedens und der Sicherheit einer jeden Familie lagen, deshalb verstanden unsere Freunde, daß es sich dabei nicht um eine Politik der Härte handelt, die sich gegen unsere eigenen Bürger richtet, sondern daß gerade diese, von vielen als hart empfundenen Maßnahmen Ausdruck einer Politik der Menschlichkeit und Vernunft waren.

So konnte der Berliner Verband nicht nur mit Stolz auf die Unionsfreunde schauen, die am 13. August 1961 an der Sicherung der Staatsgrenze beteiligt waren, sondern es gelang ihm, die Mehrzahl der Mitglieder dafür zu gewinnen, daß sie an ihrem Arbeitsplatz ihr Bestes gaben und mithelfen, die ökonomischen Ergebnisse Berlins in einem bisher nicht gekannten Maße zu vergrößern.

In Vorbereitung des VI. Parteitagés der SED reagierten

über 80 Prozent der Mitgliedschaft, als sie der Bezirksverband Berlin mit der Frage konfrontierte: Wie nutzt Du die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, wie hilfst Du, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Deinem Wirkungsbereich durchzusetzen und mit welcher Tätigkeit hilfst Du in Deinem Haus, die geistigen Probleme unserer Zeit zu klären? Große Aktivität entwickelte sich, so daß der Bezirksvorstand anschließend mit seiner Losung „Das Haus, in dem ich wohne, mein Wohngebiet und ich“ Aussprachen in allen Kreis- und Ortsgruppenvorständen führte und dabei die Forderung stellte: „Kein Mitglied unserer Partei darf im Wohnbezirk anonym leben, jeder soll bekannt sein und helfen, die Arbeit des Ausschusses und seiner Organe zu verbessern.“

Beachtenswert waren die Ergebnisse. Freunde, die bisher nur in ihren Betrieben tätig waren, wurden auch ihrer Verantwortung im Wohngebiet gerecht, so daß vier Fünftel der Mitgliedschaft in der Nationalen Front als Mitarbeiter bekannt sind.

Dieser Weg wurde konsequent fortgesetzt mit der Verwirklichung des Beschlusses des Hauptvorstandes, die Struktur unserer Ortsgruppen an die Wohngebiete der Nationalen Front anzuschließen. Prinzipiell wurde die Auseinandersetzung geführt. Der Volkswirtschaftsplan mit seinen Aufgaben stand dabei im Mittelpunkt, und 60 neue Ortsgruppenvorstände mit vielen neuen ehrenamtlichen Mitarbeitern konnten gebildet werden. Die Beteiligung in den Mitgliederversammlungen wuchs um 16 Prozent und die diesjährigen Jahreshauptversammlungen konnten mit 60 Prozent Beteiligung durchgeführt werden.

Ein bedeutungsvolles Ergebnis dieser kontinuierlichen politischen Arbeit ist, daß der Bezirksverband Groß-Berlin im Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages Leistungen wie nie zuvor erbringen konnte. Das sind Ergebnisse, die von einer immer besseren Führungstätigkeit durch den Bezirksvorstand zeugen, woran der Vorsitzende Hansjürgen Rösner hervorragenden Anteil hatte.

Die auf der Leipziger Bezirksdelegiertenkonferenz gestellte Forderung, nicht jedem Freund e i n e, sondern jedem Freund s e i n e Aufgabe zu geben, erfordert eine kluge ständige Arbeit mit den Kadern. Sie wird immer stärker zum Schlüsselproblem unserer Parteiarbeit.

Wir können wohl mit großer Kraftanstrengung bestimmte Probleme lösen. Wenn aber in den Kreisverbänden und Ortsgruppen die Kader nicht da sind, die weiterarbeiten und den einmal erreichten Durchbruch festigen, dann bleiben unsere Anstrengungen letzten Endes nutzlos.

Es gilt deshalb, angefangen beim Hauptvorstand bis hinunter zu den Ortsgruppenvorständen, eine entscheidende qualitative Verbesserung der Kaderarbeit zu erreichen. Denn Kaderarbeit ist Arbeit mit den Menschen. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber beachten wir in unserer kaderpolitischen

Arbeit immer, daß diese Seite unseres Wirkens uns auf engste und unmittelbarste mit unseren Freunden in Berührung bringt?

In seiner Programmatischen Erklärung vor vier Jahren hat der Vorsitzende unseres Staatsrats, Walter Ulbricht, einige Leitsätze formuliert, die wir in unserer kaderpolitischen Arbeit stets beachten sollten: „Wer das Leben kennt und wer selbst zutiefst von der Gerechtigkeit und der hohen Moral des Sozialismus erfüllt ist, wem die Wünsche und Sorgen der Werktätigen nicht fremd sind, der wird immer das richtige Wort und den richtigen Ton finden, er wird nie Menschen abstoßen, sondern wird überzeugen. Menschen zu überzeugen ist eine schwierige, aber schöne und dankbare Aufgabe. Sie erfordert viel Zeit und Mühe, viel Takt, Fingerspitzengefühl und menschliche Größe.“

Wenn es gegenwärtig in einigen Verbänden Sorgen gibt, weil die notwendigen Mitarbeiter für gesellschaftliche oder staatliche Funktionen fehlen, dann liegt das meiner Meinung nach weniger darin, daß es in diesen Verbänden einen objektiven Kadermangel gibt – wie man uns immer wieder zu „beweisen“ versucht –, sondern daß dort an unserer Überzeugungsarbeit etwas nicht in Ordnung ist.

Für unsere Kaderarbeit gilt ganz besonders: Erfolge – vor allem ständige Erfolge – stellen sich nur ein als Ergebnis einer qualifizierten, zielgerichteten politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit. Wer nicht instande ist, einem Mitglied unsere gesellschaftliche und seine persönliche Perspektive bewußt zu machen, der wird auch dieses Mitglied kaum gewinnen können, etwas im Interesse seiner persönlichen und unserer gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu tun und größere Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen.

Unsere Freunde im Bezirkssekretariat Frankfurt waren sehr schnell mit der Behauptung zur Stelle, bei ihnen sei es unmöglich, die kaderpolitischen Aufgaben aus eigener Kraft zu lösen. Im Verband fehle es einfach an geeigneten Freunden. Aber nicht nur „objektive“ Umstände sind die Ursachen für die Situation im Bezirksverband Frankfurt. Wiederholt war von Bezirksvorstandsmitgliedern in Frankfurt im Zeitraum von einem Jahr gefordert worden, nicht nur das Sekretariat, sondern der gesamte Vorstand solle sich mit diesem für den Verband so brennenden Problem beschäftigen, und zwar kontinuierlich beschäftigen. Von einzelnen Vorstandsmitgliedern wiederholt und konkret formulierte Vorschläge wurden zwar protokolliert, aber nicht beachtet. Weder 1963 noch in diesem Jahr befaßte sich der Bezirksvorstand grundsätzlich mit der Kaderarbeit, weil das Bezirkssekretariat auf diesem Gebiet nicht vorgearbeitet hatte, sondern hemmte. Wird Kaderarbeit zu einer Ressortarbeit und n i c h t zur Sache der g e s a m t e n Führung, kann man aber nicht weiterkommen.

Auch in anderen Verbänden gibt es ähnliche Erscheinungen, die nicht länger geduldet werden können. Überlegen sich denn

unsere verantwortlichen Freunde nicht, daß sie mit solchen falschen Auffassungen wie „mit zunehmendem Aufbau des Sozialismus würde die Bedeutung unserer Partei eingeschränkt“ die Entwicklung hemmen, wenn sie die vielen von uns wahrzunehmenden Mandate einfach unbesetzt lassen? Es kann auch nicht länger die Praxis geduldet werden, daß unsere Bezirksvorstände erwarten, die Kader für leitende Funktionen im Partei- und Staatsapparat ihres Bezirks müßten aus anderen Bezirken kommen.

Wir appellieren besonders an die Delegierten des Bezirksverbandes Karl-Marx-Stadt, der als ein großer Verband unserer Partei, statt anderen zu helfen, immer noch auf Hilfe von anderen Verbänden angewiesen ist, für eine entschiedene Veränderung in der Kaderpolitik des Bezirksverbandes zu sorgen. In unserer Entschließung haben wir deshalb ausdrücklich hervorgehoben: „Wissenschaftliche Leitung umfaßt zugleich sorgfältige Auswahl, planmäßige Heranbildung, überlegten Einsatz und ständige Betreuung der Kader, die für die Lösung der jetzigen und der zukünftigen politischen, ökonomischen und kulturellen Arbeit erforderlich sind.“

Sowohl der Hauptvorstand, sein Präsidium und Sekretariat, als auch die Vorstände in den Bezirken und Kreisen müssen nun endlich geeignete Maßnahmen, vor allen Dingen eine planmäßige Heranbildung der erforderlichen Kader in Angriff nehmen und die gegebenen Möglichkeiten für die Qualifizierung voll auslasten. Die beste Bewährung für die Kader ist ihr politischer Einsatz in den Ortsgruppen, in den Ausschüssen der Nationalen Front, in der Organisation der Planerfüllung.

Wie sieht es mit der Betreuung unserer Kader – um einmal diese Seite zu beleuchten – in unseren Verbänden aus? Den Freunden muß geholfen werden, daß sie sich das notwendige Wissen und die erforderlichen Fähigkeiten aneignen, damit sie unter den neuen Bedingungen bei gestiegenen Anforderungen als Funktionäre unserer Partei tätig sein können, und zwar in einer Weise, daß wir mit ihnen zufrieden sein können und sie selbst Befriedigung in ihrer Tätigkeit finden.

Kaderarbeit ist aber nicht nur Arbeit mit den hauptamtlichen in unserer Partei oder im Staatsapparat bzw. in gesellschaftlichen Organisationen tätigen Freunden. Die Vorstände haben auch die Aufgabe, ehrenamtlich tätige Unionsfreunde, vornehmlich unsere Volksvertreter oder in den Gremien der Nationalen Front tätige Freunde, für ihre Arbeit zu qualifizieren. Sie gilt es zu befähigen, daß sie selbst politisch-ideologische Überzeugungsarbeit leisten können, daß sie in ihren Gremien an der Vorbereitung der Beschlüsse teilnehmen, daß sie dazu beitragen, weitere Bürger für eine ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen, und daß sie selbständig und schöpferisch an der Durchführung der gefaßten Beschlüsse mitarbeiten. Es geht uns also nicht allein um die politische Qualifizierung, es muß auch die fachliche Seite künftig stärkere Berücksichti-

gung finden. Beide Voraussetzungen, in einem Freund vereinigt, ermöglichen erst, daß er die ihm gestellte Aufgabe gut erfüllt.

Diese kritischen Bemerkungen zu unserer Kaderarbeit sollen Anlaß sein, noch einige Gedanken zu dem wichtigen Prinzip von Kritik und Selbstkritik zu äußern. Bisher haben viele dieses Prinzip vornehmlich unter dem Aspekt gesehen, Fehler und Mängel aufzudecken. Aber es darf uns künftig bei der Anwendung dieses Grundprinzips unserer Arbeit nicht allein darum gehen, negative Erscheinungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken, sondern vielmehr Überlegungen anzustellen, wie aufgetretene Fehler und Mängel überwunden werden können. Überhaupt soll jede Kritik nach vorn orientieren und nicht nur auf Vergangenes gerichtet sein. Es ist wohl richtig, wenn man hier sagt, daß die Kritik bisher auch bei uns noch recht eingleisig von oben nach unten gelaufen ist. Noch zu wenig hat sie sich von unten nach oben entwickelt. Wir sind an jedem gut gemeinten Hinweis, an jeder kritischen Äußerung unserer Freunde aus den Ortsgruppen interessiert und nehmen sie ernst. Es ist doch schön, wenn man feststellen kann, daß sich fast überall in der Kritik zugleich auch der Wille niederschlägt, selbst an der Veränderung der kritisierten Erscheinung mitzuarbeiten. Wer daher Kritik unterdrückt, verhält sich in höchstem Maße parteischädigend, weil er dadurch das Vertrauensverhältnis von Mitgliedern und Parteiführung stört. Mögen in der künftigen Arbeit Kritik und Selbstkritik überall richtig angewandt, richtig verstanden werden und so ein Motor für die Besserung unserer Arbeit sein.

Liebe Freunde!

Wo gilt es, unmittelbar nach dem Parteitag den Hebel anzusetzen, wo müssen sich unsere Erfolge bei der Durchsetzung wissenschaftlicher Führungsprinzipien am nachhaltigsten auswirken? In unseren Ortsgruppen. Denn in ihnen schlägt das Herz der Partei. Von ihrer Tätigkeit hängt es mit ab, mit welchem Tempo die Volkswirtschaftspläne erfüllt werden. Deshalb ist es die vornehmliche Aufgabe der übergeordneten Vorstände, die Ortsgruppen zu befähigen, ihre Aufgaben richtig vom Plan abzuleiten und die Politik der Partei in ihrem Territorium selbständig und schöpferisch in der Nationalen Front durchzusetzen. Je mehr die Mitglieder schöpferische Tätigkeit entwickeln, um so größer ist das Verantwortungsbewußtsein, mit dem sie am umfassenden Aufbau des Sozialismus tätig werden.

In den Ortsgruppen sollen sich die Mitglieder zu echten sozialistischen Gemeinschaften zusammenfinden, in den Mitgliederversammlungen sollen die Unionsfreunde auf der Grundlage der Beschlüsse unserer Partei und des Volkswirtschaftsplans beraten, wie sie als einzelne und als Kollektiv mithelfen können, die Aufgaben in ihrem Territorium und an ihrem Arbeitsplatz zu meistern.

Von der Arbeit unserer Ortsgruppe hängt es ab, wie unsere Christlich-Demokratische Union ihrer Mitverantwortung für die Lösung der politischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht wird. Von der Arbeit der Ortsgruppe werden Ansehen und Vertrauen bestimmt, das unsere Partei im Ort genießt. Wir müssen deshalb neue Maßstäbe für die Beurteilung der Ortsgruppen anwenden.

Das entscheidende Kriterium muß sein: Wie wurde der Plan im Bereich der Ortsgruppe und unter verantwortlicher Mitarbeit der Unionsfreunde erfüllt, wie hat sich das geistig-kulturelle Leben entwickelt? Jawohl, der Plan muß Ausgangspunkt, Inhalt und Ziel der Arbeit jedes Vorstandes sein.

Bisher wurde eine Ortsgruppe oft nur nach dem Besuch und der Regelmäßigkeit der Mitgliederversammlungen und der Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front beurteilt. Das ist aber nicht das alleinige Kriterium. Es bildet gewissermaßen die Voraussetzung für die gute Tätigkeit.

Die Arbeit unserer Ortsgruppen vollzieht sich immer stärker in der Öffentlichkeit. Deshalb werden unsere Vorstände auch künftig ihre Programme den Ausschüssen der Nationalen Front übergeben und ihre Tätigkeit damit unter öffentliche Kontrolle stellen.

Wir übernehmen dort eine besondere Verantwortung, wo Unionsfreunde für bestimmte Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zuständig sind. Mit der persönlichen Verantwortung eines Mitglieds unserer Partei ist zugleich auch die politische Verantwortung der entsprechenden Leitung unserer Partei gegeben. Das wurde aber in der Vergangenheit weder in den Maßnahmen der Kreisvorstände bzw. der Ortsgruppenvorstände immer deutlich.

Die Verantwortung für eine schöpferische Mitarbeit in den Gemeinden tragen die Ortsgruppenvorstände. Ihnen obliegt es, dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder schöpferisch am umfassenden Aufbau des Sozialismus teilnehmen. Die Tätigkeit der Ortsgruppenvorstände soll den Unionsfreunden helfen, zu erkennen, wo und wie sie wirken müssen, um Veränderungen im gesellschaftlichen Leben herbeizuführen.

Wenn wir von den Ortsgruppenvorständen auch erwarten, daß sie sich dafür interessieren, ob unsere Unionsfreunde am sozialistischen Wettbewerb teilnehmen, wie sie in ihrer Umgebung, ihrem Betrieb, zur Erfüllung der Planaufgaben wirken, dann scheint eine entscheidende Voraussetzung dafür zu sein, daß der Vorstand einer Ortsgruppe jedes seiner Mitglieder kennt. Daß er nicht nur weiß, wo unsere Freunde tätig sind, welche gesellschaftliche Arbeit sie leisten, sondern welche politischen, geistigen, aber auch persönlichen Probleme sie beschäftigen.

Wenn wir heute voller Stolz sagen können, daß zu den hervorragendsten Ergebnissen der Tätigkeit unserer Partei seit dem 10. Parteitag und vor allem seit der Mitarbeiterkonferenz das gewachsene Staatsbewußtsein unserer Mitglieder

gehört, dann zeigen sich hierin vor allem die Erfolge unserer politisch-ideologischen Auseinandersetzung in den Ortsgruppen.

Offen und ehrlich, dabei geduldig um Klarheit und Verständnis bei jedem Mitglied ringend, haben wir immer wieder die Frage „Wie stehst Du zu unserem Staat, was tußt Du für unsere Republik?“ in den Mittelpunkt unserer Überzeugungsarbeit gerückt.

Auch in der Ortsgruppe Dittersbach im Bezirk Dresden waren vorher viele Diskussionen um die Grundfragen unserer Politik recht abstrakt und damit für den einzelnen „unverbindlich“ geführt worden. Die Haltung einiger Freunde am Arbeitsplatz, in den Gesprächen in der Kirchengemeinde war nicht immer identisch mit den fortschrittlich klingenden Äußerungen in der Ortsgruppe. Da gab es die Meinung, „als Handwerker, als Bauer habe ich eine Perspektive im Sozialismus, aber werde ich auch weiter mein Christentum praktizieren können?“ Andere meinten: „Wir sollten uns beim Tempo des sozialistischen Aufbaus doch auch etwas nach Westdeutschland richten und die Kluft nicht noch vergrößern.“

Unsere Freunde haben sich mit diesen Meinungen auseinandergesetzt. Sie haben dabei alle diese Argumente auf den Kern zurückgeführt, denn es zeigte sich doch, daß es hier bei einzelnen Mitgliedern, so unterschiedlich ihre Auffassungen auch waren, letztlich um Unklarheiten über Charakter und Rolle unserer Deutschen Demokratischen Republik und damit um das Verhältnis zu ihrem Staat ging.

Die Freunde in Dittersbach haben nachgewiesen, daß die DDR mit dem Aufbau des Sozialismus die Zukunft für ganz Deutschland gestaltet und daß wir beim Tempo unseres sozialistischen Aufbaus in Übereinstimmung mit den Entwicklungsgesetzen unserer Epoche handeln und wir keine Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland nehmen können. Unseren Freunden wurde bewußt gemacht, daß es vielmehr darum geht, mit dem sozialistischen Aufbau bei uns zu helfen, die Bastionen des Friedens in Deutschland zu stärken und beizutragen, daß in Westdeutschland jene Kräfte entmachtet werden, die die Schuld an der Spaltung tragen und die diese Kluft immer mehr vertiefen wollen.

Unseren Freunden diese Erkenntnis zu vermitteln, gelang freilich nicht in einer Versammlung. Auch hier war die Kontinuität in der politisch-ideologischen Arbeit der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Freunde in Dittersbach haben vorbildlich für viele Ortsgruppen die spezifische Aufgabe unserer Partei erkannt und danach gehandelt.

Das Beispiel unserer Ortsgruppe wirkte besonders auf die Mitglieder der Kerngemeinde. Dort vollzog sich ein ähnlicher Prozeß wie in der Ortsgruppe, denn unsere Freunde nahmen auch dort Partei für unseren Staat, für unsere sozialistische Gesellschaft. Weil Reden und Handeln eine Einheit bilden,

weil eine ganze Kirchengemeinde sieht, daß hier überzeugte Christen sich mit den Freunden aus anderen Parteien gemeinsam um das Wohl der staatlichen Gemeinde sorgen, deshalb finden immer mehr parteilose christliche Bürger den Weg zur Mitarbeit in der Nationalen Front.

Wenn heute eine Reihe Mitglieder des Kirchengemeinderats als Volksvertreter tätig sind, dann ist das ein augenfälliger Beweis dafür, wie die Arbeit unserer Ortsgruppe unter den uns nahestehenden parteilosen christlichen Bürgern ausgestrahlt hat.

Auch der Ortsgruppenvorstand in Rüdersdorf hat es richtig erfaßt, worauf es jetzt ankommt. Die monatlichen Mitgliederversammlungen werden vorausgeplant, die Diskussion über die politischen Grundfragen wird an Hand des Monatsthemas geführt, wobei sich jede Mitgliederversammlung hinwendet zur Kontrolle über den Erfüllungsstand des Ortsgruppenprogramms. Das Interesse der Mitglieder ist da. „Ich komme stets und gern zur Versammlung, weil dort wirklich lebenswichtige Fragen unserer nationalen Entwicklung, aber auch Probleme des Dorfes zur Diskussion stehen“, sagte ein Handwerksmeister; und die Kommissionshändlerin ergänzte: „Ich finde es gut, wenn die Einladung zur Versammlung überbracht wird, denn man kann mit dem Vorstandsmitglied sprechen und selbst Vorschläge für den Inhalt der Mitgliederversammlung machen. Die Berichterstattung der Abgeordneten ist für meine eigene Arbeit von großem Wert.“

In Rüdersdorf werden auch im Ergebnis der Mitgliederversammlung Beschlüsse gefaßt. Die Versammlungsbeteiligung liegt bei 55 Prozent, und der Vorstand freut sich darüber, daß die Auswirkung seiner Arbeit sich auch darin zeigt, daß 78 Prozent der Mitglieder gesellschaftliche Funktionen im Ort ausüben, dreimal im Jahr gemeinsame Aussprachen mit der Nationalen Front und der christlichen Kerngemeinde erfolgen, unsere Freunde im VEB Zementwerk Rüdersdorf sich alle am sozialistischen Massenwettbewerb beteiligen und durch Verbesserungsvorschläge mithelfen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Der eigene Zirkel zum Politischen Studium sowie die regelmäßigen Leser der „Hefte aus Burgscheidungen“, zu denen die Hälfte der Mitglieder zählt, sollten aber auch dafür sorgen, daß der politisch-ideologischen Diskussion größerer Raum in der Mitgliederversammlung gegeben wird.

Die Verpflichtung aus der Satzung für jedes Mitglied zur regelmäßigen Teilnahme an der Mitgliederversammlung soll von jedem ernst genommen werden, denn sie ist das wichtigste Forum zur Klärung geistiger Fragen und das Zentrum des Lebens einer Ortsgruppe. Das politisch-geistige Niveau einer beträchtlichen Zahl von Mitgliederversammlungen ist gegenwärtig nicht ausreichend. Wer etwa glaubt, für eine Mitgliederversammlung genüge ein Referat ohne Gütezeichen und man könnte sich an der Lösung der örtlichen Aufgaben vor-

beischlängeln, der zeigt, daß er die Bedeutung der Mitgliederversammlung gröblichst unterschätzt.

Im vorliegenden Satzungsentwurf wird die Mitgliederversammlung verpflichtet, das vom Sekretariat des Hauptverbandes herausgegebene „Thema des Monats“ im Zusammenhang mit den örtlichen Aufgaben zu behandeln. Wir wissen, daß das „Thema des Monats“ vielfach als Grundlage für Diskussionsbeiträge in der Volksvertretung, in der Nationalen Front benötigt wird, aber noch zu wenig Beratungsgegenstand der Mitgliederversammlung bildet.

Wir werden uns bemühen, das Material noch interessanter, reichhaltiger und anschaulicher zu gestalten. Nicht immer hat es höchsten Anforderungen entsprochen, aber in keinem Falle war es von so minderer Qualität, daß ein Ortsgruppenvorsitzender es deshalb hätte seinen Mitgliedern vorenthalten müssen.

Wenn ich vorhin sagte, daß gute Mitgliederversammlungen nicht mehr das alleinige Kriterium für die Einschätzung einer Ortsgruppe darstellen, dann bedeutet das keinesfalls, daß wir jetzt einen Stand erreicht hätten, der der Satzungsforderung entspricht. Ich erinnere hierbei nur an die ungenügende Durchführung der Mitgliederversammlungen und den mangelhaften Besuch in den Bezirksverbänden Rostock, Neubrandenburg, Magdeburg, Dresden und Halle, besonders im Besuch der Versammlungen.

Die beste Vorbereitung einer Mitgliederversammlung geschieht, wenn sich der Vorstand vorher zur Beratung zusammenfindet, das Thema des Monats, die Erfordernisse des Planes im Ort sowie die Argumente und Fragen der Mitglieder als Grundlage für die Vorbereitung der Mitgliederversammlung nimmt, wenn er nach der Festlegung der Tagesordnung das Ziel der Mitgliederversammlung bestimmt und die persönliche Einladung aller Unionsfreunde durch die Vorstandsmitglieder organisiert. Aber offensichtlich ist es weit verbreitet, daß man die Mitgliederversammlung durchführt, ohne sie in einer Vorstandssitzung vorzubereiten und daß man nur selten vorher das Gespräch mit den Unionsfreunden bei der Übergabe der Einladung oder der Kassierung der Mitgliedsbeiträge führt.

Das persönliche Gespräch mit den Mitgliedern ist aber keine „veralte“ Methode und auch nicht als „letztes Mittel“ anzusehen. Wir haben ja gerade bei unserem Wettbewerb zum 15. Geburtstag der Republik selber spüren können, wie ergebnisreich persönliche Aussprachen waren. Nur so ist es uns gelungen, 96 Prozent der Mitglieder in den Wettbewerb einzubeziehen. Auch wenn manche Verpflichtung dabei noch nicht den Erfordernissen des Jahres 1964 entspricht, so können wir doch sagen: ein gewaltiges Ergebnis, wofür wir allen Vorständen und allen Freunden, die sich in unermüdlicher Kleinarbeit für diese große Aufgabe eingesetzt haben, herzlichen Dank aussprechen.

Manche Vorstände fördern nicht das persönliche Gespräch, weil sie meinen, es sei zu zeitraubend, oder weil man bei einem persönlichen Gespräch unbequemen Fragen nicht ausweichen kann, weil bei manchem die Geduld und das Einfühlungsvermögen fehlen, ja, weil es sogar Vorstände gibt, die einige Mitglieder schon „abgeschrieben“ haben. Das persönliche Gespräch — nicht als besondere Sache, sondern kontinuierlich geführt — soll uns doch helfen, näher an unsere Mitglieder heranzukommen, weniger aktive Mitglieder stärker in die Mitarbeit einzubeziehen, kurz, das Vertrauensverhältnis zwischen Vorständen und Mitgliedern immer enger zu gestalten. Freilich — der gute Wille genügt allein nicht, um das Gespräch so zu führen, daß man überzeugt und gewinnt. Wir erwarten deshalb von allen Agitatoren unserer Christlich-Demokratischen Union, daß sie

1. sich ihrer Verantwortung bewußt sind, als Christ zu Christen zu sprechen; von der Sache, die sie vertreten, überzeugt sind; nicht über Dinge reden, die sie nicht kennen — das offene Eingeständnis der Unkenntnis in einer speziellen Frage ist keine Schande —

2. einfach reden — das schlichte Wort findet eher den Weg zum Herzen, als die gelehrt klingende Phrase —, zuhören können und ein Meister der Geduld sind; ehrlich antworten und nicht eine offizielle und eine private Meinung haben;

3. nicht dort nach Begründungen für Mängel suchen, wo sie helfen können, sie zu beseitigen — denn helfen schafft Vertrauen; gegebene Versprechen einhalten — ein nichteingehaltenes Versprechen kann großen Schaden anrichten; selbst Beispiel sein — denn das wirkt noch besser als viele Worte.

Schließlich noch etwas: Man kann keine Mitglieder mobilisieren, wenn man sich nicht um sie sorgt. Das muß für den politischen Bereich genauso gelten wie für den persönlichen. Wieviel Zeit haben die Funktionäre oft aufgewandt, um die Mitglieder für diese oder jene Funktion zu gewinnen. Wie oft haben sie Mitglieder zu Beratungen gebeten, um aus ihren Erfahrungen Nutzen zu ziehen, aber wie wenig Zeit hat so mancher verantwortliche Freund für die persönlichen Belange dieser Mitglieder erübrigt! Dieses Mißverhältnis darf es künftig bei uns nicht mehr geben. Unsere Mitglieder sollen spüren, daß wir für sie da sind.

Das sollten aber auch unsere betagten Unionsfreunde spüren. Aber wann kümmert sich der Vorstand um sie? Oft nur zu Weihnachten. „Keiner soll zurückbleiben“, so lautet aber ein Grundsatz unserer Parteiarbeit. Viele von den betagten Freunden gehören zu jenen, die in den ersten Jahren unserer Partei und in einem sehr schwierigen Abschnitt unseres Kampfes die ganze Last der Parteiarbeit trugen. Viele von ihnen haben auch durch ihre Beteiligung am Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages unserer Republik geholfen, das Gewicht zu erhöhen, das wir in die Waagschale des Friedens legen. Sie alle haben sich den Dank der Partei durch ihre

jahrelange Mitarbeit und ihre Treue zu unserer Christlich-Demokratischen Union verdient. Unsere Anerkennung und unsere Fürsorge soll ihnen helfen. Möchten sie uns auch bei der Bewältigung der neuen Aufgaben mit ihren reichen Erfahrungen und Kenntnissen stets zur Seite stehen.

Wenn wir von diesem Parteitag aus an unsere Freunde in Stadt und Land den Appell richten, alle ihre Fähigkeit, all ihr Können für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen, so geht es uns darum, mit der Hilfe aller Vorstände jede Ortsgruppe zu einer gesellschaftlichen Kraft zu entwickeln, die imstande ist, die Erfordernisse des umfassenden Aufbaus des Sozialismus vorbildlich mitlösen zu helfen.

„Wir erkennen die Kraft an, die aus der Arbeiterklasse in das Volksganze einströmt“, so heißt es im Gründungsaufwurf, und die Erfahrungen neunzehnjähriger Arbeit der Christlich-Demokratischen Union haben uns in dieser Erkenntnis bestärkt. Es ist eine der Grundlehren, die wir ziehen konnten: Gemeinsam mit allen Kräften der Nationalen Front des demokratischen Deutschland werden wir unter der bewährten Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Lage sein, erfolgreich für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft zu wirken.

In dieser Zuordnung konnten wir erst jene Potenzen entwickeln und für den gesellschaftlichen Fortschritt nutzbar machen, die in unserer Partei und in den von ihr repräsentierten christlichen Kreisen unserer Republik vorhanden sind. Entgegen allen Behauptungen der Gegner dieses Bündnisses und auch so mancher Kleingläubigen in unseren Reihen sind in diesem Prozeß Rolle und Bedeutung unserer Partei nicht gemindert worden, sondern ständig gewachsen. Die Erfüllung dieser Bündnispflicht gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist so eines unserer wichtigsten Anliegen.

Sah unsere Christlich-Demokratische Union in den ersten Jahren ihres Wirkens ihre Aufgabe vornehmlich in der Mitgestaltung auf kulturell-geistigem und weniger auf ökonomischem Gebiet, so hat die zunehmende Mitarbeit an der Lösung aller politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben im Rahmen der Nationalen Front dazu geführt, daß sich das Profil unserer Partei immer stärker herausgebildet hat und wir unserer christlichen Verantwortung immer besser gerecht wurden.

Die weitere Arbeit wird nun entscheidend von der Qualität der Führung durch unsere Vorstände abhängen. Ich darf deshalb noch einmal feststellen: Richtig führen heißt in erster Linie, die besten Bedingungen zu schaffen für die Entfaltung aller Kräfte der sozialistischen Gesellschaft, für die Entfaltung der Kräfte aller Bürger, aller Unionsfreunde; denn die ökonomischen Gesetze des Sozialismus können nur durch das bewußte Handeln der Menschen zu ihrem Nutzen durchgesetzt werden. Deshalb ist die Teilnahme der Bürger an der

Lenkung und Leitung unserer sozialistischen Entwicklung nicht nur möglich, sondern notwendig.

Klarheit über die Grundfragen unserer Zeit, bewußte Bejahung unserer sozialistischen Perspektive, genaues Erfassen und tiefes Verständnis für die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes, initiativreiche und schöpferische Arbeit zu seiner Erfüllung – das sind die Stufen der Klärung und der Bewährung, die jeder Unionsfreund durchläuft und die in seinen Beitrag zur weiteren Stärkung unserer Republik einmünden. In diesem tiefen Sinne wollen wir alle begreifen, daß Führen Arbeit mit den Menschen heißt.

Mit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung haben wir uns freigemacht zum Dienst für den Frieden und an unserm Nächsten. Diese Freiheit wollen wir nutzen und so den von uns selbst geschaffenen Raum mit unserer Arbeit ausfüllen. Nicht nach unseren Worten und Erklärungen allein wollen wir gemessen sein, vor allem nach unserer Arbeit, ihren Ergebnissen, nach dem, was wir für den wachsenden Fortschritt unserer sozialistischen Gesellschaft und für das Gedeihen unserer Republik tun.

Allen Freunden rufen wir zu: Seid eingedenk der großen Verantwortung, die allen Mitgliedern unserer Christlich-Demokratischen Union übertragen ist, helft durch Eure Taten und Euer Beispiel, daß alle unsere Bürger gern und freudig den Weg in die friedenerfüllte, sozialistische Zukunft unserer Nation gehen!

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus

- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede

Verkaufspreis 0,50 MDN - Doppelheft 1,- MDN